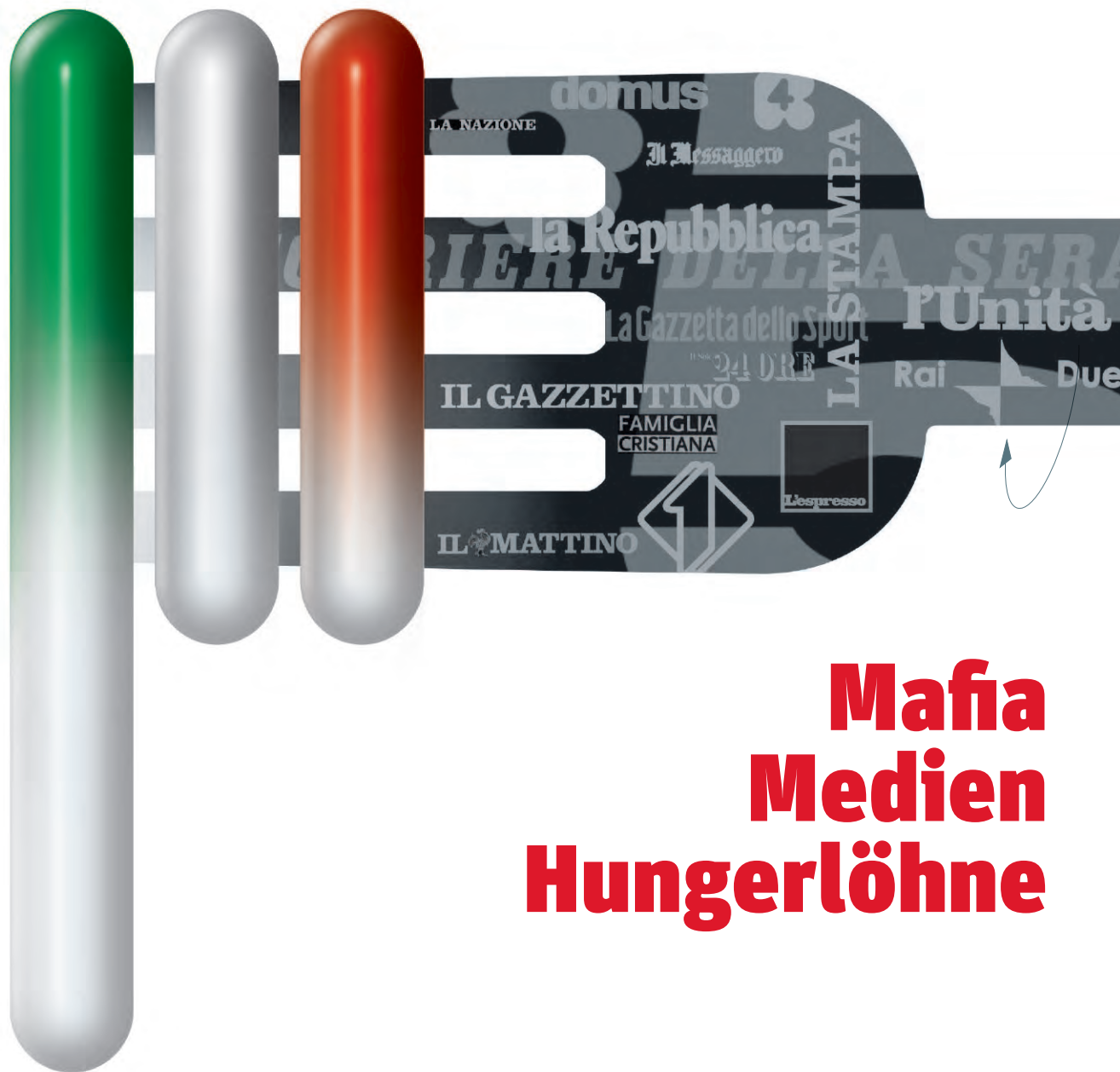


press.freedom.now

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE INFORMATION

03 | 2012

Pressefreiheit
Informationsfreiheit
Brancheninformation
internationaler Austausch
JournalistInnenportraits
medienkritische Reflexion



Mafia Medien Hungerlöhne



**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Mexiko
Berichterstattung über Korruption trieb Ana Lilia Pérez ins Exil.



Medien
Warum der öffentlich-rechtliche ORF auf Migranten nicht verzichten kann.



Sportjournalismus
Berichtersteller zwischen Patriotismus und kritischer Distanz zu den Stars auf der Piste.





Unabhängigkeit.

Für eine Qualitätstageszeitung bedeutet das:
Die Fakten sind belegt, aber die Meinung ist frei.
Und nicht umgekehrt.

3 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40



Die Zeitung für Leserinnen

03 | 2012



Rubina Möbring
Präsidentin
Reporter ohne Grenzen
Österreich

Lang gediente Politiker finden entweder rechtzeitig den Absprung in das Weisen-Fach oder verabschieden sich in lang entbehrtes Privatleben. Kaum einer geriert sich jedoch derart als Polit-Zampano wie Silvio Berlusconi. Dem Italo-Stiefelkönig a. D. genügt offenbar nicht, dass während seiner Regierungszeit das organisierte Verbrechen in Wirtschaft, Politik und Medien nachhaltig Einzug hielt. Neuerdings setzt er auf organisiertes Chaos. Berlusconi will wieder kandidieren, seine Partei behindert die Arbeit der jetzigen Regierung, Ministerpräsident Mario Monti wirft daraufhin das Handtuch und kündigt seinen Rücktritt an. Auf der Strecke dieses politischen Kampfes bleiben die Bürger, leider auch die Medien.

Alessia Cerantola und Emanuela Zuccalà, zwei italienische Journalistinnen, sind die diesjährigen Preisträgerinnen des „Press

Freedom Award – Signal für Europa“, den Reporter ohne Grenzen Österreich am 6. Dezember im Presseclub Concordia verlieh. Den Ehrenschild hat die österreichische UNESCO-Kommission übernommen. Unendlich berührend waren die Dankesreden, in denen die beiden auch ihre Kolleg/innen zu Hause in Italien einschlossen. Beeindruckend sind die Artikel, für die sie ausgezeichnet wurden – nachzulesen in dieser Ausgabe von press.freedom.now.

Information ist Bürgerrecht und Pressefreiheit, ist nicht nur Säule, sondern auch Maßstab jeder Demokratie. Diesem Grundsatz folgend, verleiht Reporter ohne Grenzen Österreich seit 2001 den Press Freedom Award – Signal für Europa. Der Preis soll Menschen sichtbar machen, die aktiv für demokratische Werte arbeiten und leben. Eine weitere Zielsetzung ist, mit dieser Auszeichnung einen journalistischen aufrechten Gang zu unterstützen, mutige Journalist/innen zu schützen.

In diesem Jahr wurde der Preis erstmals für Journalist/innen eines EU-Gründungslandes ausgeschrieben. Die Jury war sich einig, dass Signale für das Friedensprojekt Europäische Union – am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – auch innerhalb Europas gesetzt werden müssen. Zuvor wurde der Preis vor allem an Journalist/innen in Ost-Südosteuropa verliehen. Im vergangenen Jahr erregte die Auszeich-

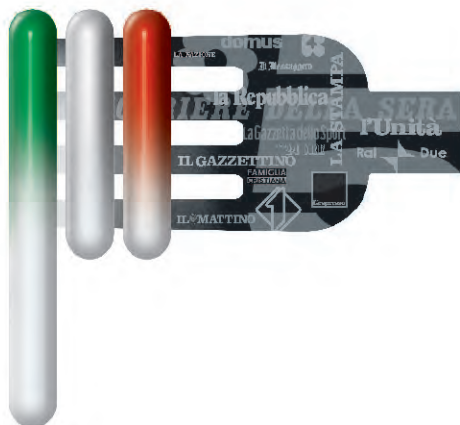
nung von Maria Yásárhelyi und Pál Dániel Rényi, beide regierungskritische Journalist/innen, große Empörung seitens der ungarischen Botschaft in Wien. Auch in diesem Fall hatte Reporter ohne Grenzen Österreich offensichtlich die richtigen Preisträger gefunden. Wir hoffen, dass der Preis auch den diesjährigen italienischen Preisträgerinnen Alessia Cerantola und Emanuela Zuccalà auf ihrem schwierigen journalistischen Weg in ihrem krisengeschüttelten Land weiterhelfen kann.

Wir danken den Mitgliedern der Jury: Freimut Dube, erster Medienbeauftragter der OSZE, Dunja Mijatovic, Medienbeauftragte der OSZE, Eva Nowotny, Präsidentin der österreichischen UNESCO-Kommission, Wolfgang Petritsch, österreichischer Botschafter bei der OECD, und Albert Rohan, Generalsekretär a. D. im österreichischen Außenministerium.

Rubina Möbring
Herausgeberin

#3 2012 press.freedom.now

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE INFORMATION



Covergestaltung: Herbert Ellinger

Intern&Extern | Kurzmeldungen **7**

Italien: Medien, Mafia, Hungerlöhne **9**

A Toxic Cocktail | Domenico Affinito **10**

Press Freedom Award | Die Begründung der Jury **12**

Prekärer Journalismus bedeutet prekäre Demokratie |
Alessia Cerantola **13**

Gefangen in der Wüste | Emanuela Zuccalà **16**

Eine Sisyphusarbeit
Rubina Möhring im Gespräch mit Oktavia Brugger **20**

Signal an Teheran | Martin Schulz **25**

Lateinamerika-Schwerpunkt | Chile, Honduras und Mexiko **26**

Schwieriger als unter Pinochets Diktatur | Erhard Stackl **28**

Stimmen des Volkes | Nina Kreuzinger **32**

Wenn der Tod dir zuflüstert | Ana Lilia Pérez **38**





Schwerpunkt: Migration und Medien

Still Hideously White | Bernie Choudury **44**

Hamlet in Teheran | Konrad Mitschka **46**

Eine Frage der Demokratie | Ania Haar **49**

The Ogaden Nightmare | Urban Löfqvist **50**

Menschenrechte und Orchideen | Rubina Möhring **52**

Appell für Sicherheit | Michael Spindelegger und Alison Bethel McKenzie **54**



Sportjournalismus in Österreich **57**

Bunte Blätter für bunte Leiberl | Johann Skocek **58**

Keine Chance | Peter Klein **62**

Anit-Censorship-Manifesto | Christophe Deloire **66**



IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Rubina Möhring | **Chefredaktion:** Barbara Hoheneder | **Artdirektion:** Herbert Ellinger | **Verlag:** floorfour media OG, Weyringergasse 34/2, 1040 Wien | **Fotografie:** J.J. Kucek | **Lektorat:** Mag. Susanne Spreitzer
Redaktionsadresse: Alserstr. 22, 1090 Wien. Tel. 01-581.00.11 | **Abonnements:** info@rog.at | **Vertrieb:** Morawa Pressevertrieb GmbH&Co KG, Hackinger Straße 52, 1140 Wien **Druck:** a-print Bogen- und Rollenoffsetdruck GmbH, Industriering 7, 9020 Klagenfurt
Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
© 2012 Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Überall auf der Welt stehen die Reporter an den Fronten.

47

seit Jahresbeginn getötet:
3 MedienassistentInnen
30 CyberdissidentInnen

285

derzeit inhaftiert:
147 JournalistInnen
10 MedienassistentInnen
128 CyberdissidentInnen

79

seit Jahresbeginn getötet:
JournalistInnen

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT



Menschenrechtsorganisation mit Beobachterstatus bei Europarat & UNESCO – akkreditiert bei den Vereinten Nationen

SPENDEN: PSK 92.109.160, BLZ: 60.000

Alser Str. 22/8, 1090 Wien, Vienna | T +43 1 581 00 11 | info@rog.at

www.rog.at



Extern Intern

3 2012

Der Winter kommt. Die Bretter werden aus dem Keller geholt. Die Sportlichen drängt es auf die Pisten, die weniger Sportlichen nehmen vor dem Fernsehgerät Platz und schauen Marcel Hirscher zu, wie er zwischen den Torstangen seine Schwünge zieht. Höchste Zeit, fanden wir, uns mit dem Thema Sportjournalismus auseinanderzusetzen. Österreichs renommiertester Vertreter des Genres, *Johann Skocek*, hat für *press.freedom.now* die Sportberichterstattung kritisch unter die Lupe genommen. Seine Analyse lesen Sie ab Seite 58. Wie es einem unverständenen Sport-Fan ergehen kann, das hat sich *Peter Klein*, Leiter der Redaktion Literatur, Hörspiel und Feature von Ö1, in höchst amüsanter Weise von der Seele geschrieben. Ab Seite 62.

Intensiv haben wir uns in diesem Heft auch mit Lateinamerika auseinandergesetzt, einem Kontinent, der in der täglichen Berichterstattung zu Unrecht wenig Beachtung findet. *Erhard Stackl* vom „Standard“ kennt diesen Erdteil wie kein anderer. Seine Reportage über die Medien in Chile lesen Sie ab Seite 28. Die Journalistin und Photographin *Nina Kreuzinger* berichtet aus Honduras. Die prominente Journalistin *Ana Lilia Pérez* beschreibt auf berührende Weise, warum sie wegen ihrer Publikationen über Drogenkartelle und korrupte Politiker ins Exil gehen musste.

Eine Geschichte mit einem kleinen Happy End hat unser Kollege *Urban Löfqvist* von Reporter ohne Grenzen, Schweden, geschickt. Er erzählt die Geschichte der schwedischen Reporter *Martin Schibbye* und *Johan Persson*, die 438 Tage in äthiopischer Gefangenschaft verbrachten. Die beiden wollten herausfinden, warum Africa Oil die Bewohner der Provinz Ogaden vertreibt, um in aller Ruhe nach Öl suchen zu können. Schibbye und Persson kamen frei. Aber die Vertreibungen gehen weiter. Ab Seite 50.

In eigener Sache: *press.freedom.now*-Fotograf *J.J. Kucek* stellt seine Arbeiten Beginn nächsten Jahres in der Galerie OstLicht aus. Dann allerdings unter seinem richtigen Namen: Max Wegscheidler.

Eine spannende Lektüre wünscht

Barbara Hobeneder,
Chefredakteurin
barbara.hobeneder@rog.at



K
U
R
Z
M
E
L
D
U
N
G
E
N

Südsudan: Tod für den Frieden

Südsudan: Am 7. Dezember wurde Diing Chan Awuol, einer der führenden Kolumnisten des Südsudan, vor seinem Haus in der Hauptstadt Juba erschossen. Awuol schrieb regelmäßig für die *Sudan Tribune* und für die Website *Gurtong* unter dem Pseudonym Isaias Abraham.

„Sein Tod ist ein schwerer Schlag für all jene, die im Südsudan für die Meinungsfreiheit kämpfen“, heißt es in einer Erklärung von *Reporter ohne Grenzen*. „Wir begrüßen das Versprechen der Regierung, diesen Mordanschlag zügig aufzuklären.“ Awuols letzte Kolumne war ein erneuter Aufruf zum Frieden zwischen dem Sudan und dem Südsudan. Awuol ist der erste Journalist, der im seit eineinhalb Jahren unabhängigen Südsudan ermordet wurde.

Filter im Netz

UN-Telekom-Konferenz

Dubai: Hinter verschlossenen Türen fand in Dubai Anfang Dezember eine UN-Konferenz zur Regulierung des Internet statt. NGOs waren von der Konferenz ausgeschlossen, bei der autoritäre Regime wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Russland, China und Saudi-Arabien die Informationsfreiheit im Netz einschränken und Überwachungsmaßnahmen ausweiten wollten. Auch soziale Netzwerke sollten demnach stärker überwacht werden können. Eine neue Bestimmung fordert die Regierungen auf, „angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die physische und operationelle Sicherheit von Netzwerken zu sichern“. Autoritäre Regierungen könnten diese Bestimmung als Rechtfertigung für den Einbau von Filter- und Blockademechanismen nutzen.

bla-
bla

Hol mich hier raus, **FALTER!**

Mafia Medien Hunger- löhne

■ Es ist eine gefährliche Drohung.

Berlusconi plant seine Rückkehr in die italienische Politik. Dabei war das Land nach den erstickenden Jahren seiner Regierungszeit endlich wieder auf dem Weg zurück in eine Art Normalität. Aufgeatmet hatten wohl auch viele Journalisten, die für Unabhängigkeit und professionelle Integrität gekämpft hatten. Der Italien-Schwerpunkt von *press.freedom.now* lässt engagierte Kollegen ausführlich zu Wort kommen.



ITALIENISCHE REPUBLIK

Staatsform: Republik
Fläche: 301.340 km²
Einwohner: 61 Millionen
Staatsoberhaupt:
Giorgio Napolitano

TAGESZEITUNGEN

Corriere della Sera, liberal, Eigentümer: RCS MediaGroup, Auflage: 577.000

La Repubblica, linksliberal, Eigentümer: Carlo de Benedetti, Auflage: 501.000

La Gazzetta dello Sport: Eigentümer RCS MediaGroup, Auflage: 350.000

Il Sole 24 Ore, konservativ, Eigentümer: Confindustria, Auflage: 313.000

La Stampa, liberal, Eigentümer: Fiat-Gruppe, Auflage 307.000

Il Fatto Quotidiano, Auflage: 113.000

TV

Silvio Berlusconi's Medienunternehmen Mediaset und die Rai beherrschen den Markt

Mediaset:

Canale 5

Italia 1

Rete 4

RAI, öffentlich-rechtlich,

drei Kanäle: RAI Uno, RAI Due,

RAI Tre

Sky Italia, der Pay-TV-Sender von Rupert Murdoch hat 4,8 Millionen Abonnenten

RADIO

Die öffentlich-rechtliche **RAI** betreibt 3 AM/FM-Stationen

1.300 kommerzielle Radios.

INTERNET

42 Prozent der Italiener haben Internetanschluss.

A Toxic Cocktail

Self-censorship, organized crime and editors kowtowing to powerful interest groups are the main reasons for the poor quality of Italian journalism, writes Domenico Affinito, Vice President of Reporters Without Borders.

By Domenico Affinito

Italian journalism has a fever, but fortunately the illness is not terminal just yet. There are various symptoms of the disease. On the one hand, Italian journalism seems to have recovered from the “conflict-of-interests”-problems it has been suffering from in recent years. Although without the solid legal basis guaranteeing the separation of roles, the recovery may be temporary. On the other hand, the patient is suffering from the effects of a toxic cocktail: The ingredients are self-censorship, flattery of powerful financial and political interests, organized crime that has forced many Italian journalists to live with personal protection, the poor quality of news media, widespread political control of public television and radio stations and the fact that only a relatively small percentage of Italians use news services. In addition, revenues from the advertising market are asymmetrically distributed, with national television channels claiming 70 percent of the market. Furthermore, Italy has liberticidal

laws, on the basis of which journalists can be sent to jail for defamation. Young journalists and freelancers suffer from low salaries and poor working conditions.

Presented like this, the situation could be considered irretrievable: Italy is ranked on 61st position out of 179 countries in the latest *Reporters Without Borders* World Press Freedom Index, one of the lowest positions among European countries. Italian journalism, however, has antibodies to combat its sickness: outstanding journalists who, despite all difficulties, don't kowtow to powerful groups, reporters who carry the banner of investigative journalism and inform citizens about what is happening in the country. We have observed throughout the last year that the pressure by part of the media first led to the resignation of the Berlusconi government and, eventually, to the discovery of a system of embezzlement of public funds by many re-

gional politicians of different parties. This, in turn, led to the resignations of the governors of two of the most important regions of Italy: Lazio and Lombardy.

Despite these acts of resistance, Italian journalism is lagging far behind the standards of its European counterparts, reflecting the differences between the Italian and the societies of all the other European countries. Corruption, patronage, scant attention to legal rights, fiscal evasion, and weak social cohesion are the demons of Italy. However, Italy is also the country that has produced *Antonio Tabucchi*, *Umberto Eco*, *Roberto Saviano*, *Eugenio Scalfari*, *Giorgio Napolitano*, *Mario Monti* and many others. The same country that, having brought Benito Mussolini to power, managed to free itself from the Nazi-Fascist yoke, while the allies lined up on the Gothic Line in the Apennine mountains to create a diversion from the real offensive against German troops taking place in French Normandy.



DOMENICO AFFINITO

Domenico Affinito is Vice President of Reporters Without Borders Italy. As a journalist he has done widespread research on the Italian corruption scandal Tangentopoli. Furthermore, he covered the war in Kosovo, Iraq and reported from Afghanistan after the defeat of the Taliban.



Zeitungskiosk, Perugia

The origins of Italian journalism are apparent in its current state: the original aim of Italian newspapers was not to communicate events, narrowing the huge distances between one place and another, or to overcome the isolation of scattered communities during the winter months as was often the case, for instance, in Northern Europe. In Italy, journalism started to develop in the 17th century as an expression of class struggle, the struggle of the emerging bourgeoisie of enriched but powerless bankers and traders against the old ruling aristocratic class, which had fallen into economic decline. Newspapers in Italy, therefore, were founded to express the interests of social groups, a development that continued until the end of the 19th century. In any case, people didn't read that much. The illiteracy rate was high. That is why, at the beginning of the 20th century, journalists created the "omnibus newspaper", a model mixing high and low brow information that would be accessible to everyone, a model un-

known in other countries such as France and Great Britain. Italian journalism still carries the burden of these origins on its shoulders. Moreover, in Italy, as in the rest of the Western world, the press is currently experiencing economical difficulties and it risks a further reduction in quality.

The business model linked to the publishing field is in crisis now, mainly because of a 30-percent-decline of income generated from advertising, the main source of income for the Italian press. Italian journalism, unfortunately, is also paying the price for the short-sighted choice made by publishers who, from the 1980s onwards, decided to give priority to the sale of advertising in newspapers rather than to the sale of newspaper copies in newsagents.

This choice has contributed to changing the DNA of news media in Italy. The current difficult situation, however, offers an opportu-

nity as well: to start again, this time with the interests of readers at heart, offering them more reliable journalism. This is the road many news websites are taking, where there are encouraging signs of ferment. Some of these websites make the most of the medium's opportunities for freedom of expression, and have high journalistic standards, but they can't yet compete with the main actors of mainstream Italian media.

As *Reporters Without Borders Italy* together with many other fellow Italian journalists, we try to remember that there is no journalism without an in-depth investigation of facts, without a direct contact with reality. But in order to reach this goal, we need proper resources.

"Journalism is done with the soles of your shoes", the respected Italian war correspondent *Egisto Corradi* liked to say. We hope to start again from here.

SIGNAL FOR EUROPE PRESS FREEDOM AWARD 2012

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

DIE BEGRÜNDUNG DER JURY

Wir haben heuer den Blick auf Italien gerichtet. Ein Land, in dem nicht nur durch die starke Medienkonzentration besondere Verhältnisse herrschen, sondern auch die Arbeitsbedingungen für Journalisten und der gesetzliche Rahmen, in dem sie sich bewegen, sehr schwierig sind. Aus der Reihe der eingesandten Beiträge hat die Jury einstimmig zwei Journalistinnen ausgewählt

und ich freue mich, dass die Wahl auf Alessia Cerantola und Emanuela Zuccalà gefallen ist. Zuccalà ist freie Journalistin, Bloggerin, Buchautorin und Produzentin filmischer Dokumentationen. Ihre Reportage über Flüchtlingsfrauen in Afrika „Gefangen in der Wüste“ beschäftigt sich in sehr eindringlicher und berührender Weise mit dem allgemeinen Thema, der

desolaten Situation vergessener Menschen. Alessia Cerantola ist ebenfalls freie Journalistin in Italien und setzt mit ihrem Artikel dem Journalisten Pierpaolo Faggione ein Denkmal, der 2011 angesichts seiner ausgeweglosen beruflichen Situation den Freitod wählte. Die Artikel beider Journalistinnen sind exemplarisch für die derzeitige Situation von Journalisten in Italien. Alessia

Cerantola beschreibt ihre generell bedrohliche Situation, Emanuela Zuccalà wählt die Form der Parabel, um auf die Missstände hinzuweisen. Im Namen der Jury gratulieren wir Alessia Cerantola und Emanuela Zuccalà zum „Press Freedom Award“ und wünschen den beiden Journalistinnen alles Gute für ihre weitere Arbeit.
Eva Nowotny



*im Uhrzeigersinn:
Jury-Mitglied Eva
Nowotny, Laudator
Domenico Affinito
(ROG, Italien), Rubina
Möbring (ROG,
Österreich) mit den
Preisträgerinnen
Emanuela Zuccalà und
Alessia Cerantola,
Christophe Deloire,
Generalsekretär von
"Reporter ohne Grenzen
International".*

© J.J. Kucek

Prekärer Journalismus bedeutet prekäre Demokratie

Bevor sich der freie Journalist Pierpaolo Faggiano an einem Baum im Garten seines Hauses in Apulien erhängte, hatte er in einem Brief erklärt, was ihn zu dieser extremen Tat getrieben hatte: die prekären Arbeitsbedingungen im italienischen Journalismus.

Von Alessia Cerantola

■ Jahrzehntlang hatte der 41-Jährige regelmäßig für eine Lokalzeitung geschrieben und dafür zwischen vier und zwanzig Euro pro Artikel bekommen.

Faggianos Selbstmord hat in der Branche für Aufsehen gesorgt. Viele Journalisten kritisierten die Medienbranche Italiens, in der es nur wenige Angestellte gebe, der Großteil aber für ein minimales Entgelt arbeiten müsse.

Auf Online-Plattformen und auf Demonstrationen forderten Journalisten würdigere Arbeitsbedingungen und kritisierten, dass immer mehr auf die steigende Zahl von Medienunternehmen regelmäßig unterbezahlte Freelancer einsetzten.

Die Proteste prangerten auch das veraltete und gerontokratische Mediensystem Italiens an, in dem Qualitätsjournalismus weniger zählt als Nepotismus. Italiens Medien verhinderten den freien Wettbewerb am Arbeitsmarkt, kritisierten die Demonstranten. Wie prekär die Lage in der italienischen Medienbranche heute ist, war lange vor dem tragischen Selbstmord Pierpaolo Faggianos klar. „In den letzten beiden Jahren hat das Be-

wusstsein, dass diese illegalen Arbeitsbedingungen Journalisten belasten, zugenommen“, sagt die 31-jährige Freelancerin Maria Raffaella Cosentino.

Cosentino hat über die gewalttätigen Konflikte zwischen eingewanderten Tagelöhnern und Einheimischen Anfang 2010 in der kalabrischen Stadt Rosarno berichtet. Damals war ihr aufgefallen, dass viele lokale und nationale TV-Reporter und Journalisten, die über diesen Arbeitskonflikt berichteten, weniger als 50 Euro pro Tag verdienten. Sie verdienten damit weniger als die Obstpflücker und Erntearbeiter, über die sich berichteten.

Cosentino beschloss, ein E-Book über das Thema zu schreiben: Der Titel des Buches lautet „Quattro per cinque“, „Vier mal fünf“ und ist eine Anspielung auf einen Anschlag, mit dem sich die kalabresische Mafia-Organisation 'Ndrangbeta, an einem Journalisten rächte. Fünf Kugeln hatten den Journalisten verwundet, vier Cents hatte er pro Zeile für seine Reportage bekommen.

Cosentino lancierte in der Folge die Kampagne „Ich arbeite nicht für weniger als fünfzig Euro.“ Sie rief ihre Kollegen auf, Aufträge ab-

zulehnen, für die man ihnen weniger als 50 Euro pro Artikel bot.

Laut einer 2010 von der italienischen Journalistenkammer ODG durchgeführten Umfrage kommt diese Unterbezahlung bei nationalen Zeitungs- und Zeitschriftenherausgebern ebenso vor wie bei lokalen und nationalen Fernsehsendern.

Nach dieser Studie bezahlen Zeitungen wie *Il Messaggero*, *La Repubblica*, *Il Tempo* und auch die nationale Nachrichtenagentur ANSA ein durchschnittliches Honorar von 20 Euro für einen Artikel. In manchen Fällen habe man sie überhaupt nie bezahlt, sagten Berichterstatter, die für die linke Tageszeitung *Il Manifesto* geschrieben hatten.

Bei den Fernsehsendern ist die Lage nicht anders. Bei lokalen Sendern verdienen Journalisten gerade einmal zwölf Euro für das Drehen, Editieren, Redigieren und Voice-over einer Story.

Die staatliche Rundfunkgesellschaft RAI zahlt keine besseren Honorare. „Ich habe einen 20-Minuten-Beitrag für die RAI gemacht“, berichtet Roberta Borcella, eine 40-jährige Freelance-Videojournalistin. „Ich habe fast einen Monat an diesem Video gearbeitet und acht Monate später dafür ein Nettohonorar von 900 Euro bekommen. Von diesem Honorar habe ich auch noch meinen Kameramann bezahlen müssen.“

Der Informations- und Kommunikationssektor bekommt die schlechte finanzielle Lage an allen Ecken und Enden zu spüren. Doch während zahlreiche Medien in anderen Teilen der Welt mit neuen Strategien experimentieren und in Innovation investieren, kämpft der Journalismus in Italien immer noch mit einer Identitätskrise.

„Der italienische Journalismus ist zu vergangenheitsorientiert und auf eine absurde Weise selbstbezogen“, sagt der ehemalige Reuters-Korrespondent Roberto Bonzio, „Er berichtet nicht einfach über die Ereignisse in diesem Land, sondern ist Teil dieser Ereignisse.“

Laut Gesetz hat man in Italien zwei Möglichkeiten, Journalist mit einer offiziellen Lizenz

der staatlich anerkannten Journalistenkammer ODG zu werden.

Die erste Option ist eine 18-monatige Ausbildung in einem Medienunternehmen oder der Besuch einer der 16 von der Kammer anerkannten Journalismusschulen. Im Anschluss muss man eine staatliche Abschlussprüfung ablegen. Mit diesem Diplom ist man *professionista*.

Die zweite Option ist die des Teilzeit-*pubblicista*. In diesem Fall muss man nachweisen, dass man zwei Jahre einer bezahlten journalistischen Tätigkeit nachgegangen ist und zwischen 60 und 80 Artikel verfasst hat. Doch diese Lizenz zum Schreiben bedeutet keine Garantie, einen Job als Journalist zu bekommen.

Ein ambivalenter Status

Roberto Bonzio sagt, dass man italienische Journalisten darüber hinaus noch in zwei weitere Kategorien einteilen könne: Da ist einmal die Elite, die in den Genuss eines Standardvertrages für Journalismus kommt – und der Rest. „Diese privilegierte Minderheit ist wie eine Festung aus vergangenen Zeiten“, sagt Bonzio. „Daneben gibt es viele unterbezahlte Mitarbeiter – die meisten unter ihnen Vollzeitjournalisten –, die ohne jeglichen Schutz arbeiten und somit gezwungen sind, die Launen und Erpressungen ihrer Chefredakteure zu ertragen.“

Die Arbeitsbedingungen dieser Gruppe von Außenseitern sind so unklar, dass es sogar schwierig ist, ihren Jobstatus zu definieren. Die meisten sind Freelancer oder precari (Zeitarbeiter).

Aber der Begriff „Freelancer“, der üblicherweise jene Selbstständigen bezeichnet, die zeitlich befristet für verschiedene Kunden schreiben, wird in Italien sehr schwammig ausgelegt: Er bezeichnet die Zulieferer von Artikeln ebenso wie jene Mitarbeiter, die regelmäßig, aber ohne Vertrag für einen Verlag arbeiten.

„Precari“ ist ein Begriff, der sich auf Mitarbeiter mit kurzen, befristeten Verträgen bezieht – eine Gruppe, die unter prekären finanziellen Bedingungen lebt.

2009 betrug das durchschnittliche Jahresge-

halt laut OECD rund 16.000 Euro. Eine Umfrage des LSDI Webzine hat erhoben, dass mehr als 55 Prozent der italienischen Freelancer und fast 50 Prozent der „precari“ weniger als 5.000 Euro pro Jahr verdienen.

Nur etwa 19 Prozent der Journalisten sind Vollzeitangestellte. Ihr Gehalt liegt zwischen 30.000 und 50.000 Euro pro Jahr.

Die Umfrage des LSDI Webzine hat zudem gezeigt, dass die Zahl an beschäftigungslosen Journalisten Ende 2010 auf fast 5.000 gestiegen ist, eine Zunahme von 44 Prozent gegenüber dem Jahr 2002.

Bei einer Parlamentsdebatte verurteilten die italienischen Abgeordneten die Ausbeutung der Medienmitarbeiter und riefen die Medien auf, angemessene Honorare zu zahlen.

Sie brachten auch ihre Sorge zum Ausdruck, dass unterbezahlte Journalisten leichter zu Opfern von Erpressung werden könnten.

Der Kulturausschuss des Parlaments verabschiedete am 26. Oktober 2011 einen Gesetzesentwurf, welcher das Recht von Journalisten auf eine „adäquate Entlohnung“ fest schreibt. Doch der Entwurf steht erst in der Anfangsphase des legislativen Prozesses. Wenn dieses Gesetz jemals tatsächlich verabschiedet werden sollte, wird es ein Rahmenwerk gegen die Ausbeutung von Journalisten darstellen.

„In der Vergangenheit wurden junge Journalisten über einen längeren Zeitraum ausgebildet und konnten so die Karriereleiter hinaufklettern, bis sie den Status eines Vollzeitangestellten erreicht hatten“, sagt Alessandra Comazzi, eine Vertreterin der Gewerkschaft FNSI. „Doch heute sind italienische Freelancer ewig in einer Art Schwebezustand ausgebeuteter Praktikanten gefangen.“

Ein stagnierender und gerontokratischer Arbeitsmarkt im Medienbereich

Italienische Journalisten, die sich für einen Vollzeitposten bewerben, sehen sich mit Vaternwirtschaft konfrontiert. Auf die Frage, wie sie es geschafft hätten, eine Anstellung zu bekommen, antworten manche Journalis-

ten, sie hätten eben Glück gehabt, andere äußern sich erst gar nicht zu dem Thema. Stellenangebote für Journalisten werden selten ausgeschrieben. Ob man angestellt wird, das hängt meistens von guten Beziehungen ab. Dieser Mechanismus hat tragische Auswirkungen auf die Qualität der angestellten Journalisten.

„Der Grund für die schlechte Qualität des italienischen Journalismus, vor allem des Fernsehjournalismus, liegt darin, dass die Auswahl von Bewerbern, die man in das System einlässt, nach dem Ausschluss der klügsten Leute und all jener funktioniert, die dazu neigen könnten, Journalismus als Dienst an der Öffentlichkeit zu verstehen“, meint Wolfgang Achtner, ein in Rom stationierter TV-Journalist und ehemaliger ABC-News-, CNN- und Press-TV-Korrespondent mit langjähriger Erfahrung beim italienischen Fernsehen.

Der kleine Medien-Jobmarkt wird teilweise von der Journalistenkammer kontrolliert. Eine Registrierung bei der Kammer ist oft Bedingung für eine Bewerbung. Die Struktur vieler Newsrooms spiegelt jene der Kammer wider. Registrierte Journalisten rekrutieren nur jene Kollegen, die ebenfalls Mitglied der Kammer sind.

Die Journalistenkammer will zusammen mit dem Nationalen Verband der Journalisten

(FNSI) und dem Verband der Zeitungsherausgeber (FIEG) ein Abkommen schließen, das die Entlohnung von Freelancern und „precarri“ verbessern soll. Aber sowohl lizenzierte als auch nicht-lizenzierte Journalisten halten die ODG mitverantwortlich dafür, dass der italienische Medien-Arbeitsmarkt stagniert.

„Die Kammer ist ein Relikt aus der Zeit des Faschismus. Ihr Hauptzweck ist Selbsterhaltung. Pressefreiheit, Unabhängigkeit oder die Qualität von Informationen zählen nicht zu ihren Zielen“, sagt die US-amerikanische Redakteurin Nicole Martinelli. Sie war zehn Jahre lang als ausländische Freelancerin bei der Kammer registriert. „Man kann nicht als hauptberuflicher Journalist arbeiten, wenn man nicht Kammermitglied ist. Die Kammer ist eine Art Flaschenhals für den Eintritt in den Beruf, der zahlreiche Talente erst gar nicht durchlässt.“

Die Kammer reagierte auf die Proteste und Forderungen der Freelancer am 8. September 2011 mit der Eröffnung eines neuen Internetportals für Medienjournalisten mit befristeten Verträgen. Die Website diente als Plattform für die Diskussion über die „Carta di Firenze“, ein Gesetz, das für eine besseren Bezahlung von Freelancern und „precarri“ sorgen soll. Das Gesetz gibt der Kammer das Recht,

mit Disziplinarverfahren gegen die Ausbeutung von Journalisten vorzugehen.

Hunderte Journalisten demonstrierten Anfang Oktober in Florenz für bessere Arbeitsbedingungen. Im Anschluss an die Demonstration unterzeichneten Vertreter der Kammer, Freelancer und „precarri“ ein Abkommen.

„Das Internetportal und die Vereinbarung reichen nicht aus und kommen viel zu spät. Aber immerhin, besser spät als nie“, kommentiert eine Gruppe italienischer Journalisten auf LinkedIn.

Während viele auf Social-Media-Plattformen Zweifel über die Maßnahmen der ODG äußerten, haben die Teilnehmer der Kundgebung in Florenz ihr entschlossenes Engagement dafür bestätigt, die Lage von unterbezahlten italienischen Journalisten zu verbessern.

„Es ist nicht unser Ziel, die Arbeitsbedingungen unserer Vollzeitkollegen zu unterminieren, aber wir verlangen eine adäquate Entlohnung für die anderen“, erklärt Nicola Chiarini von der Freelancer-Vereinigung im Veneto. „Ein prekärer Journalismus bedeutet eine prekäre Demokratie.“

Alessia Cerantolas Artikel ist am 14. November 2011 im European Journalism Centre Magazine erschienen.



ALESSIA CERANTOLA

Alessia Cerantola ist freie Journalistin und Videoproduzentin, sie arbeitet unter anderem für „Il Gazzettino“ Cerantola ist Mitbegründerin des „Projekts für investigativen Journalismus“.



Gefangen in der Wüste

Von Emanuela Zuccalà

**Mehr als zweihunderttausend Flüchtlinge in Algerien, mehr als viertausend
fünfhundert Verschwundene in Marokko. Die Tragödie des Sahrawi-Volkes,
das seit 37 Jahren für seine Unabhängigkeit kämpft, spielt sich unbemerkt ab.
Emanuela Zuccalà hat die Geschichten von mutigen Frauen gesammelt, die
unglaubliche Gewalttaten überlebten.**

„Darf ich deine Haare sehen?“ Elghalia Djimi zupft an ihrem Melfah, dem in kräftigen Farben gehaltenen Schleier der Sahrawi-Frauen. Ich sehe eine seltsam helle Haarsträhne hervorlugen, worauf mir eine alberne Frage entkommt. Sie nimmt es mir nicht übel und hebt den Schleier von einem fast kahlen Kopf mit nur wenigen übrig gebliebenen Haarsträhnen. „Ich habe keine Haare mehr“, sagt sie und lächelt, als wolle sie mich vor etwas Furchtbarem schützen. „Sie haben mich gefoltert, indem sie mich mit dem Kopf nach unten an eine Pritsche gebunden und dann eine Flüssigkeit über mich geschüttet haben. Sie roch nach Alkohol, Medizin und Urin. Erst drei Monate später haben sie mir erlaubt, mich zu waschen: meine Haare sind in Büscheln ausgefallen.“ Und wieder lächelt sie: „Ich bin bereit für die Fotos.“

Auf der Busfahrt von Marokko nach El Aaiún entsteht durch die Militärkontrollen eine unterschwellige Kriegsstimmung. Journalisten sind hier nicht gern gesehen; Agenten in Zivil folgen uns auf Schritt und Tritt. El Aaiún mit seinen orangefarbenen Gebäuden, mit seiner Wüste, die direkt an den Atlantik grenzt, ist die größte Stadt der Westsahara: Die Marokkaner nennen das Gebiet „die Südpfeiler“, während die Sahrawis, die Ureinwohner, es als den ihnen rechtmäßig zustehenden Staat einfordern.

Die Flüchtlingslager der Sahrawis in Algerien, wo Rossella Urru mit zwei spanischen

Kollegen entführt wurde, sind nur die eine Hälfte der Geschichte. Die andere Hälfte spielt sich in Stille und unbemerkt in der Westsahara ab, die seit 1975 von der Regierung in Rabat besetzt ist. Eine Stille, welche die auf diesen Seiten veröffentlichten Tagebücher brechen wollen, um Morde, Folter und Gewalttaten an Sahrawi-Frauen wieder ans Licht zu bringen.

Nach Beendigung des Krieges zwischen Marokko und der Polisario, der Bewegung zur Befreiung dieser Region, ist seit 1991 ein Waffenstillstand in Kraft, der von der UN-Mission MINURSO überwacht wird. Diese sollte ebenfalls ein Referendum für die Unabhängigkeit organisieren, doch ist es ihr nach 21 Jahre noch nicht gelungen, eine Liste der Wahlberechtigten zu erstellen. Und die allgegenwärtige marokkanische Polizei unterdrückt die Sahrawis, die für die Unabhängigkeit eintreten. Menschen wie Elghalia Djimi, Vizepräsidentin der Opfervereinigung „Asvdh“ und Symbolfigur für den Widerstand, die trotz der drei Jahre und sieben Monate in marokkanischen Gefängnissen unglaublicherweise frei von Zorn ist. Eine Gefangenschaft mit verbundenen Augen, ständig von Vergewaltigung und Tod bedroht, ohne jeglichen Prozess festgehalten. „Sie haben mich eines Tages im Jahr 1987 gefangen genommen, eine UN-Kommission wurde in der Stadt erwartet und ich versteckte im Strumpf einen Brief, der die willkürlichen Verhaftungen anprangern sollte. Im Gefängnis haben

sie mich mit Stromkabeln gefoltert und ich musste nackt vor den Soldaten auf- und ablaufen. Bis zur Verbreitung des Internet hat die Welt nichts von uns erfahren.“

Seit 1975 wurden 4.500 Sahrawis verschleppt oder ohne Prozess inhaftiert, fünfhundert sind seither spurlos verschwunden, unter ihnen Elghalias Mutter. Im Dezember 2010 gab Marokko zu, 640 Sahrawis festgenommen zu haben, aber laut den Familienangehörigen der Opfer gab es dennoch keine diesbezüglichen Ermittlungen und den Überlebenden wurde keinerlei Gehör geschenkt.

Die Orte des Grauens heißen Pccmi in El Aaiún, Agdez und Kalat Magouna im Süden Marokkos, die geheimen Kerker von König Hassan II mit Massengräbern, die noch immer von Toten überquellen. Die Matriarchin der ehemaligen Gefangenen, Soukaina Jid Ahloud, 56, mit ihren unruhigen, kajalgeschminkten Augen weiß darüber nur allzu gut Bescheid. Wir begegnen ihr in Smara nach einer dreistündigen Fahrt durch eine flache Wüstenlandschaft mit einem Fahrer, der bei unserer Ankunft festgenommen wird, weil er den Kontakt zu Soukaina hergestellt hat (und der glücklicherweise einige Stunden später wieder freigelassen wird). „Ich war von 1981 bis 1991 in Gefangenschaft“, beginnt sie zu erzählen. „Meine jüngere Tochter ist an Hunger und Durst gestorben. Einige Zeit danach wurde ich wieder festgenommen, diesmal mit meinem Sohn. Ich



ikp unterstützt
Reporter ohne Grenzen
seit vielen Jahren bei der
Öffentlichkeitsarbeit in
Österreich, um einen Beitrag
zur Erhaltung der Medien-
und Meinungsfreiheit zu
leisten.

musste auf seinem Rücken gehen, ich spürte, wie er litt, und konnte nichts dagegen tun.“ Sie zeigt ein Foto von sich, zum Skelett abgemagert und dennoch bemüht, zu lächeln: „Das hat ein Wächter in Kalaat Magouna von mir gemacht, er war ein guter Mann.“ Soukaina weint, ihre Stimme bebzt. Sie sagt, dass die UNO vorgibt, die Greuelthaten, die hier verübt werden, nicht zu sehen. Die Mission MINURSO kostet jährlich 63 Millionen Dollar, 510 Personen sind im Einsatz, aber sie haben kein Mandat, die Menschenrechte zu schützen.

Von ihren 54 Jahren hat Degja Lachgare elf im Gefängnis verbracht, bis 1991. Dann wur-

ist eine urweibliche Tätigkeit für die Familie, für den engsten Kreis der Lieben. Degja war gezwungen, diese Tätigkeit unendliche Male im Dienste ihrer Peiniger auszuüben.

„Die Polizei droht den Sahrawi-Mädchen ständig: Wir werden euch entjungfern“, berichtet die 22-jährige Najat El Baillal. „Wie unsere Sahara, die 1975 durch die Invasion Marokkos entjungfert wurde.“ Für sie ist der von Marokko in der Wüste errichtete, 2.700 Kilometer lange Wall zur Trennung der Sahrawi-Flüchtlinge in Algerien und der hier gebliebenen Sahrawis eine permanente Vergewaltigung.

unter obskuren Umständen von der Polizei ermordet wurde. „Wir verlangen nichts als die Wahrheit.“ Das Gesicht des jungen Mannes blickt mit einem tragisch-feierlichen Ausdruck von einem Bild an der Wand. Sein Körper befindet sich immer noch im Leichenschauhaus. Die Behörden verweigern die Autopsie und Leilas Brüder haben ihre Arbeit verloren, weil sie auf diese drängen. Mit weiteren zwanzigtausend Sahrawis hatte Said an den großen Protesten im Oktober 2010 in Gdeim Izik im Vorfeld des arabischen Frühlings teilgenommen. Sie hatten vor den Toren El Aaiúns ein Zeltlager errichtet, um soziale und wirtschaftliche Würde einzufordern. Am 8. November 2010 wurde das Zeltlager vom marokkanischen Heer mit Waffengewalt aufgelöst, dreizehn Menschen wurden dabei getötet, zweihundert gefangen genommen. Dreiundzwanzig Sahrawis blieben ohne Prozess in Gefangenschaft.

In ihrer Hütte an den Ufern eines brausenden Meeres bietet uns Elghalia Djimi die drei kleinen Gläser Tee an, die hier Ausdruck der Gastfreundschaft sind: bitter wie das Leben, süß wie die Liebe, mild wie der Tod. „Ich suche keine Rache“, sagt sie. „Ich möchte nur, dass Marokko das Referendum akzeptiert und es unserem Volk so ermöglicht, zu wählen, was ihm richtig scheint: die Unabhängigkeit, die Annexion an Marokko oder die von König Mohammed VI vorgeschlagene Autonomie. Ich habe die Haare verloren und sehe schlecht, aber im Gefängnis habe ich meinen Mann Dafah kennen gelernt, auch er war ein Gefangener. Seither lieben wir einander, wir haben fünf Kinder. Und wir begegnen dem Leben weiter mit einem Lächeln.“



© Simona Ghizzoni/contrasto

de sie 2009 nochmals gefangen genommen: als einzige Frau der „Gruppe der 7“, jener Sahrawis, die Marokko herausforderten, indem sie die Polisario in Algerien besuchten. Heute lebt sie auf freiem Fuß, wird aber nach wie vor überwacht. In Kalaat Magouna musste die damals 22-Jährige, deren Mann im Krieg gestorben war und sie ohne Kinder zurückgelassen hatte, jede Nacht Brot für die marokkanischen Soldaten backen – eine wahre Qual, zehn Jahre lang. Und jetzt, wo ich sie dabei beobachte, wie sie hingebungsvoll das Mittagessen zubereitet und den duftenden Brotlaib im Ofen bäckt, kann ich diese Qual besser nachvollziehen: Brot backen

Leila Dambar ist eine moderne Antigone. Seit eineinhalb Jahren fordert sie vom marokkanischen Staat die Autopsie des Leichnams ihres Bruders Said, der im Alter von 26 Jahren



© J.J. Kucek

EMANUELA ZUCCALÀ
ist freie Journalistin, seit 2001 schreibt sie Reportagen für das Wochenmagazin „Io Donna“, in dem auch ihr preisgekrönter Text „Gefangen in der Wüste“ erschienen ist. Ihr jüngstes Buch beschreibt die 'Ndrangheta aus weiblicher Perspektive.



„Eine Sisyphusarbeit“

Italiens Medien versuchen einen Neuanfang nach dem Ende der Ära Berlusconi. Über den mühevollen Weg zurück zu journalistischer Unabhängigkeit sprach press.freedom.now-Herausgeberin Rubina Möhring mit der ehemaligen RAI-Journalistin Oktavia Brugger.

Hatte mit Berlusconis Rücktritt die Berlusconisierung der Medien ein Ende?

Oktavia Brugger: Diese Entwicklung hat 20 Jahre angedauert und die Folgeschäden sind immer noch sichtbar. Wenn in einem Land so lange Kultur, Medienwesen und Politik umgekrempt wurden, kann das nicht in nur einem Jahr rückgängig gemacht werden. Langsam und zögerlich hat jedoch eine Normalisierung begonnen.

Ministerpräsident Mario Monti hat versucht, mit einer Technokratenregierung Italien aus der ökonomischen Krise zu führen. Welches Verhältnis hat er zur Presse?

Brugger: Monti ist im Umgang mit den Medien wesentlich professioneller und europäischer. Kritische Fragen sind wieder erlaubt. Themen wie mehr Pressefreiheit, bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten, journalistisches Prekariat sind ihm gleichgültig. Ihn interessieren primär Einsparungen. Die Wirtschaftskrise hat auch die Verlage getroffen. Alle stecken in den roten Zahlen. Auch Berlusconis Medienimperium. Im vergangenen Jahr soll sein Mediaset-Konzern um 580 Millionen weniger Gewinn gemacht und erstmals rote Zahlen geschrieben haben. Fazit: Ohne politischen Einfluss und maßgeschneiderte Gesetze schreibt sogar Berlusconi Verluste.

Demokratiepolitisch war die Entwicklung der Medien der letzten Jahrzehnte höchst gefährlich. Gab und gibt es keine Kontrollfunktionen?

Brugger: Kontrollfunktionen gibt es kaum. Die Journalistengewerkschaft kann zwar dagegen protestieren, dass kritische Journalisten kaltgestellt werden oder, so sie jung sind, keinen Job mehr bekommen. Verbindliche Sanktionen gibt es aber keine. Man kann allenfalls bei den Arbeitsgerichten Klagen einbringen. Viele RAI-Redakteur/innen haben dies bereits erfolgreich getan. Die meisten Arbeitsrichter haben ein größeres Verständnis für kaltgestellte Journalist/innen als für die Arbeitgeber.

Wurde in Italien je über Kontrollgremien nachgedacht?

Brugger: Auf Druck der Europäischen Union wurde unter Berlusconi ein Gesetz gegen die Medienkonzentration verabschiedet. Dieses Gesetz ist jedoch so weitmaschig, dass der Medienkonzern Berlusconis mit seinen Fernsehsendern und Printmedien darin Platz hat. Die berlusconische Medienkonzentration ist damit gesetzlich gedeckt.

Die Italiener sind mehr Fernsehzuschauer als Zeitungleser. Berlusconi ist Miteigentümer der Holding Mediaset, die die drei größten Privatsender Italiens betreibt und ein Drittel des Werbevolumens absahnt. Welche Folgen hat das für den öffentlich-rechtlichen Sender RAI?

Oktavia Brugger: Solange Berlusconi Ministerpräsident war, hatte er einfach Gesetze erlassen können, die seinen Medienkonzern gestärkt und die RAI geschwächt haben. Außerdem hatte er einen Teil seiner Mediaset-

Oktavia Brugger im Gespräch mit Rubina Möhring: „Italiens Journalismus ist extrem stark ideologisiert.“



Manager sozusagen als Spione in die RAI-Spitze hineingesetzt. So konnte Mediaset Sendungen oder Werbeschaltungen immer früher als die RAI programmieren. Das war unlauterer Wettbewerb. Zugleich hatten diese Manager in der RAI gezielt eine Politik der Qualitätsminderung betrieben: gute fiktionale Sendungen durften nicht mehr produziert werden, gute Reportagen wurden abgesetzt, gute Programme finanziell ausgehungert: Die RAI wurde auf mittelmäßiges Niveau heruntergetrimmt.

Dieser Nivellierungsprozess wurde dadurch verstärkt, dass bis vor kurzem die politischen Parteien bestimmten, welche Journalist/innen aufgenommen wurden. Ausschlaggebend war nicht die berufliche Qualifikation sondern Vetternwirtschaft. Auch das hat die RAI extrem geschwächt.

Wie geht es der öffentlich-rechtlichen RAI heute?

Brugger: Die RAI erholt sich langsam. Wir haben wieder bessere Sendungen, sowohl in der Information als auch in der Unterhaltung. Anna Maria Tarantola, die neue Frau an der Spitze, steuert als Vorsitzende des Verwaltungsrates gegen den bisherigen Kurs und hat bereits einen Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, wie die RAI wieder Qualitätsfernsehen produzieren kann. Anders als Berlusconi hat sie auch keine Berührungsängste gegenüber so genannter Hochkultur. Im Gegenteil. Die Morgenröte sehen wir allerdings noch nicht. Angesichts der Finanzkrise gehen auch bei der RAI die Werbeeinschaltungen zurück.

Umso schwerer ist es gerade jetzt, mit neuen Qualitätssendungen den öffentlich-rechtlichen Auftrag zu erfüllen. Hinzu kommt, dass sehr viele Politiker inzwischen eigene Film- und Fernsehproduktionsfirmen gegründet haben, die von der RAI mit lukrativen Aufträgen bedient werden mussten. Der Neuerungsprozess ist eine verdammt harte Sisyphusarbeit.

Laut der amerikanischen Organisation „Freedom House“ ist in Italien, einem Gründungsmitglied der EU, die Medienfreiheit eingeschränkt und Reporter ohne Grenzen stuft Italien in seinem Pressefreiheitsranking auf Platz 61 von 179 analysierten Staaten ein. Italien liegt damit hinter Mali, Tansania und Haiti.

Brugger: Diese Bewertung ist gerechtfertigt. In Italien ist der Journalismus seit der faschistischen Diktatur in den 1930er Jahren zu einem Journalismus des Regimes geworden.

Seitdem ist der italienische Journalismus ein extrem stark ideologierter Journalismus, der weitgehend von politischen Parteien finanziert wird. Diese fördern bevorzugt solche Journalist/innen, die indirekt als „Presse-sprecher“ fungieren. Das heißt, es gibt keine Tradition der Unabhängigkeit. Es gibt keinen freien, liberalen Journalismus, sondern primär ideologisch geprägte Berichterstattung. Das kam Berlusconi zugute. Mit viel Geld hatte er sich ein ganzes Heer von Journalist/innen gezüchtet, die wie Jagdhunde unabhängige Richter, Menschen, die Berlusconi störten, verunglimpften. Sie inszenierten mediale Schlammschachten und zogen damit generell den italienischen Journalismus in die Tiefe. Hinzu kommt, dass es in Italien keine unabhängige Verlagskultur gibt. Verleger sind primär Immobilienleute, Banken, Versicherungen oder die katholische Kirche. Publiziert wird, was den Eigentümern genehm ist. „giornalismo partigiano“ nennt

man das in Italien. Gemeint ist damit Berichterstattung im Dienst politischer Lager und der wirtschaftlichen Konzerne. Oder die Journalist/innen hängen direkt von ihren Arbeitgebern wie Silvio Berlusconi ab, der dann auch privat ab und zu kleine Prämien zusteckt.

Nur Schattenbilder in Italien, gibt es keine Lichtblicke?

Brugger: Ohne die Gründung des „Fatto Quotidiano“ durch Marco Travaglio vor drei Jahren sähe es wirklich schlimm aus. Diese Zeitung ist die einzige, die von Parteispenden oder Sponsoren unabhängig ist und sich durch Anzeigen finanziert. Diese Zeitung ist deshalb so erfolgreich, weil sie politisch unabhängig ist und hochprofessionelle, journalistische Inhalte publiziert. Der Bedarf ist also da. Auch die inserierenden Marketingabteilungen haben das erkannt. Marco Travaglio schließt mit „Fatto Quotidiano“ eine publizistische Lücke. Nach der lähmenden Berlusconi-Zeit herrscht heute mehr denn je Hunger nach freier, nach unabhängiger Berichterstattung.

Sind die Flaggsschiffe der Printmedien denn so unfrei?

Brugger: Selbst eine große Zeitung wie der „Corriere della Sera“ ist in Sachen Inhalt nicht ganz unabhängig von seinen Aufsichtsräten aus der Wirtschaft. Bei „La Repubblica“ ist das weniger krass, diese Zeitung ist ganz klar links-liberal mit entsprechenden Stammlesern und Förderern aus diesem Lager. Aber eine nationale, wirklich unabhängige Zeitung, die auch einmal gegen das eigene Lager schreibt, gibt es nicht.

Wie ist die Presseförderung in Italien geregelt?

Brugger: Die Presseförderung ist im Prinzip okay, aber sie wird ungestraft missbraucht. Ein Beispiel: ein Politiker beschließt, eine Zeitung zu gründen. Als Angehöriger einer Parlamentspartei bekommt er dafür automatisch eine staatliche Unterstützung. Auch wenn diese Zeitung nur ein selten erscheinendes Periodikum ist, das vor allem Familienmitglieder des Politikers mit guten Gehältern durchfüttert. Wir haben übrigens 1.000

Parlamentarier. Erst kürzlich ist in diesem Zusammenhang ein unglaublicher Skandal aufgefliegen. Ein gerichtlich wegen Korruptionsanfälligkeit verurteilter Politiker hatte erfolgreich um Presseförderung angesucht, weil er angeblich die längst eingestellte sozialistische Zeitung „Avanti“ unterstützen wollte. Die Mittel der Presseförderung steckte er in den Bau einer schmucken Villa. Dieser Verlust von Hemmschwellen ist auch eine Folge der Berlusconiisierung.

Der große Herbstskandal war ein neues Mediengesetz. Journalistenstreiks waren angesagt.

Brugger: Das so genannte Maulkorbgesetz besagt, dass Abhörprotokolle der Polizei nicht mehr für Zeitungsartikel verwendet werden dürfen. Das hat für die Informationsfreiheit fatale Folgen, auch im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen. Um einen Mafioso, aber auch einen korrupten Politiker festzunageln, sind für die Ermittler die Telefonkontrollen am wirksamsten. Was tun die Politiker? Sie schütten das Kind mit dem Bade aus, indem sie die Telefonkontrollen der Ermittler zur großen Freude der Mafia stark einschränken wollen und die Veröffentlichung der Protokolle durch die Medien verbieten.

Aufsehen erregte kürzlich auch das neue „journalistische Verleumdungsgesetz“. Der Menschenrechtskommissar des Europarates übte scharfe Kritik.

Brugger: Das ist eine Posse. Unser Pressegesetz datiert aus dem Jahr 1948. Die Strafen für Verleumdung sind noch heute gültig. Ein Journalist, der dreimal rechtskräftig wegen Verleumdung verurteilt worden ist, kann für ein bis sechs Jahre ins Gefängnis wandern und dazu noch eine Geldstrafe erhalten. Damals wurden 500.000 Lire festgesetzt, das sind heute 250 Euro. Dieses Gesetz sollte geändert werden. Der Anlass ist allerdings unglaublich. Einer der verruchtesten Journalisten Italiens, Alessandro Sallusti, ein Höfling von Silvio Berlusconi, wurde zu Recht dreimal wegen Verleumdung verurteilt und sollte deshalb eine Gefängnisstrafe abbüßen. Große Aufregung im Parlament: Ein Journalist darf laut EU-Bestimmungen nicht zu einer

Haftstrafe verteilt werden, hieß es.

Aufgrund dieses Falles wurde das Pressegesetz extrem verschärft. Auch Verleger sollten vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Am Ende hatten alle eingesehen, dass da ein Unsinn zustande gekommen war. Inzwischen nennen wir das Gesetz Penelope-Gesetz. Odysseus' Frau hatte ja täglich am Totentuch für ihren Schwiegervater gewebt und nachts alles wieder aufgelöst.

Welchen Stellenwert haben Presse- und Informationsfreiheit heute?

Brugger: In Italien ist die Pressefreiheit ein zweischneidiges Schwert. Sehr oft wird sie von Berlusconi-Medien dazu missbraucht, politische Feinde in Misskredit zu bringen, wie im Fall Alessandro Sallusti. 2007 hatte er als Chefredakteur der Tageszeitung „Libero“ einen anonymen Schmähartikel gegen den Turiner Staatsanwalt Giuseppe Cocilovo veröffentlicht. Sallusti verweigerte Richtigstellungen, die Geldstrafe, zu der er verurteilt worden war, beglich er nicht. Die Folge war eine 14-monatige Haftstrafe. Sein Antrag auf Freispruch wurde im September abgelehnt. Tags darauf outete sich der PdL-Politiker Renato Farina als Autor des Artikels. Sallusti wollte zum Märtyrer werden. Aus seiner Sicht hatte er einen politischen Leitartikel veröffentlicht. In Wirklichkeit hatte er aber eine Verleumdungskampagne gestartet, die er mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigte.

Früher galt Italien als Journalistenparadies. Heute meinen manche, inhaltliche Artikel dienen nur noch als Platzfüller zwischen Inseraten. Wie konnte dieser Berufszeitung so vor die Hunde gehen?

Brugger: In den wichtigen Tageszeitungen wie dem „Corriere della Sera“ erscheinen nach wie vor sehr gute Artikel. Andererseits sind die Redaktionen oft derart von ihrer Verlagsleitung abhängig, dass sie gewisse Themen nur noch in Einzeilern vermelden. Ein Beispiel: Seit gut zehn Jahren ist bekannt, dass die kalabrische Mafiaorganisation „Ndrangheta“ in der Lombardei nicht nur Fuß gefasst hat, sondern diese Region mittlerweile beherrscht. Der Oberstaatsanwalt von Kalabrien hatte in einem offenen Brief

an den „Corriere della Sera“, die größte lombardische Tageszeitung, darauf aufmerksam gemacht. Die Journalist/innen haben darauf nur mit Kurzmeldungen reagiert. Seit die 'Ndrangheta praktisch die führende Wirtschaftsmacht in der Lombardei ist, sind alle plötzlich entsetzt. Da sind Journalist/innen sehr nachlässig gewesen. Hinzu kommt, dass die Medien zum Teil vom organisierten Verbrechen unterwandert sind. Investigativer Journalismus ist nur noch auf ganz wenige Zeitungen, vor allem Wochenzeitungen, beschränkt. Auch das von Berlusconi dominierte Kommerzfernsehen hat zu dem Qualitätsverlust im Printbereich beigetragen. Seriöse Information wurde in Italien banalisiert, seit im Fernsehen die „Veline“, leichtgeschürzte Models, von den Nachrichten ablenken.

Im Juni dieses Jahres hat sich in Süditalien der 41jährige Journalist Pierpaolo Faggiano in seinem Garten erhängt. Zitat aus seinem Abschiedsbrief: „Ich kann den Schwebezustand als Zeitarbeiter nicht mehr ertragen.“ War dieser Selbstmord eine Folge der Wirtschaftskrise oder ist die Situation freier Journalisten wirklich so desolat?

Brugger: Auf jeden Fall beides. Die Wirtschaftskrise hat auch in Norditalien zu einer Selbstmordwelle unter Kleinunternehmern geführt. Auch die Zustände in den Zeitungen sind unhaltbar. Journalist/innen erhalten nur noch Zeitverträge. Wer nicht hündisch folgt, wird nicht mehr beschäftigt. Hinzu kommt, dass wir eine Journalistenschwemme haben. Jeder, jede ist also jederzeit ersetzbar. Vor der Tür stehen dutzende andere bereit, sich ausbeuten zu lassen.

Es gibt an die 100.000 Journalisten in Italien. Über die Hälfte lebt in prekären Verhältnissen. Der Präsident des Presserates sagt, ihr Zustand ähnelt der Sklaverei. Pro Artikel werden nur 50 Cent bis acht Euro bezahlt.

Brugger: An dieser Journalistenschwemme ist auch unser Journalistenverband, die FNSI, und der Verband der RAI mitschuldig. Mit staatlicher und regionaler Hilfe wurden so genannte Post-Graduate-Journalistenschulen gegründet. Geworben wurde mit der Aus-

sicht, dass die Absolventen der zweijährigen Kurse einen Job erhielten. Das führte zu einem Run auf diese Schulen. Chancen auf einen Job hat man nur mit einer Empfehlung eines Politikers oder man ist das Kind einer einflussreichen Familie. Das ist wirklich mittelalterlich.

Eine offizielle Liste besagt, wer sich Journalist nennen darf und wer nicht. Das klingt nach journalistischer Klassengesellschaft.

Brugger: Diese Regelung stammt noch aus der Zeit des Faschismus. Die Liste wird von der Journalistenkammer geführt. Mitglied kann nur werden, wer die staatliche Prüfung ablegt. Das ist ein Privileg, diente aber unter dem Faschismus vor allem der Kontrolle und als Auswahlssystem für Führungspositionen. Diese Journalistenkammer existiert noch immer. Es ist skandalös, dass vor der Prüfung ein zweijähriges Praktikum absolviert werden muss, obwohl inzwischen keine Zeitung mehr Praktikanten anstellt. Also sind manche Eltern bereit, selbst das Gehalt samt Sozialbeiträgen zu zahlen, nur damit die Kinder einen Praktikumsplatz bekommen.

Seit Mai sind Sie nicht mehr bei der RAI. Hat der Abschied wehgetan?

Brugger: Die Situation war so unhaltbar geworden, dass ich mich nicht mehr mit meinem Beruf identifizieren konnte. Ich habe nach 35 Jahren das Weite gesucht und bereue es keine Sekunde. Ich habe den absoluten Niedergang unter Berlusconi erlebt, nun beginnt ein sehr schwerer Neuanfang. Ich bin skeptisch, hoffe aber, dass er gelingt.



O K T A V I A B R U G G E R

Ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Sie arbeitete fast dreißig Jahre für die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt RAI, zuletzt als Parlamentsjournalistin. Im Mai 2012 schied sie aus dem Unternehmen aus. Brugger gilt als eine der profiliertesten Journalistinnen Italiens.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT SETZT SICH EIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE.

**NASRIN SOTUDEH
JAFAR PANAHI**

**SACHAROW-PREIS
FÜR GEISTIGE FREIHEIT 2012**

Sa
Kha
rov



Ein Signal an Teheran

Das Europäische Parlament hat die iranische Anwältin Nasrin Sotudeh und den iranische Filmemacher Jafar Panahi mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet. Parlamentspräsident Martin Schulz erklärt, warum.

von Martin Schulz

Die Werte Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Respekt vor den Menschenrechten sind das Fundament der Europäischen Union. Diese Grundwerte sind Maßstab für all unser Handeln. Weltweit kämpfen engagierte Frauen und Männer jeden Tag für diese Grundwerte. Viele von ihnen sind in ihrem unermüdlichen Schaffen für eine bessere Welt bereit, ihr Leben zu riskieren.

Die jährliche Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit ist der sichtbarste Ausdruck der Menschenrechtspolitik des Europäischen Parlaments. Mit dem im Jahre 1988 ins Leben gerufenen Preis werden Persönlichkeiten oder Organisationen gewürdigt, die sich für die Grundfreiheiten und Menschenrechte einsetzen und immer wieder den Mut aufbringen, gegen Intoleranz, Unterdrückung und Fanatismus zu kämpfen. Das EP verleiht den mit 50.000 Euro dotierten Preis am 10. Dezember – dem Tag, an dem 1948 die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen unterzeichnet wurde.

Genau wie der Atomphysiker, Dissident und Menschenrechtsaktivist Andrej Sacharow, der

1975 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist, bezeugen die Sacharow-Preisträger, dass es großen Mutes bedarf, Menschenrechte und freie Meinungsäußerung zu verteidigen. In diesem Jahr wurden drei Kandidaten aus zehn Nominierungen ausgewählt: Der weißrussische Bürgerrechtler Ales Bjaljazki, die russische Punkband „Pussy Riots“ sowie die iranische Anwältin Nasrin Sotudeh und ihr Landsmann, der Filmemacher Jafar Panahi. Letztere haben den Preis gewonnen. Die Verleihung des Sacharow-Preises an Sotudeh und Panahi ist ein Zeichen der Solidarität und Bewunderung für eine Frau und einen Mann, die sich der Angst und Einschüchterung nicht beugen wollen und beschlossen haben, das Schicksal ihres Landes ihrem eigenen überzuordnen.

Die Anwältin Sotoudeh vertrat Oppositionelle in Iran, die während des Streits um die Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 inhaftiert wurden, sowie zum Tode verurteilte Frauen und Kinder. Aufgrund von Anschuldigungen, Propaganda zu verbreiten und die Staatssicherheit zu gefährden, wurde sie 2010 verhaftet und in Einzelhaft genommen. Ihr Landsmann Panahi ist ein iranischer Regisseur, Drehbuchautor und Produzent. Seine

Filme machen auf die Not der Kinder und Frauen in Iran aufmerksam. Er wurde im März 2010 inhaftiert und zu sechs Jahren Gefängnis sowie zu einem 20-jährigen Berufsverbot verurteilt. Sein letzter Film „This Is Not a Film“ wurde im Jahre 2011 auf einem in einem Kuchen versteckten USB-Stick nach Cannes zu den Filmfestspielen geschmuggelt.

Der Kampf für den weltweiten Schutz und die Durchsetzung der Menschenrechte ist für das EP ein herausragendes Anliegen. In jeder seiner Sitzungen debattiert das EP Verstöße gegen Menschenrechte und nimmt Resolutionen an, um die Öffentlichkeit auf Verletzungen der Menschenrechte aufmerksam zu machen. In diesem Jahr wurde die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die EU hat unseren Kontinent friedlich vereint und aus ehemaligen Erzfeinden Freunde gemacht. Diese historische Leistung ist zu Recht preiswürdig. Die Auszeichnung ist für die EU aber auch Verpflichtung, sich weiterhin für die Menschenrechte und Grundfreiheiten einzusetzen. Denn wir stehen vor immensen Herausforderungen. Aufgrund der globalen Wirtschaftskrise werden UN-Berichten zufolge im Jahre 2020 bis zu 70 Millionen Menschen in extremer Armut leben. Die EU kann dem nicht tatenlos zusehen. Ebenso muss die EU alles daran setzen, in Krisen- und Kriegsgebieten wie Syrien, Iran und dem Nahen Osten den Friedensprozess voranzutreiben und den Menschenrechtsschutz zu stärken.



MARTIN SCHULZ

ist Präsident des Europäischen Parlaments. 1994 wurde der deutsche Sozialdemokrat ins Europäische Parlament gewählt, ab 2004 war er Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion.



Mexiko

Staatsform: Präsidielle Bundesrepublik
Staats- und Regierungschef: Enrique Peña Nieto
Einwohner: 114 Millionen
Fläche: 1,9 Millionen km²



ZEITUNGEN

Reforma, konservativ, Auflage: 126.000
El Universal, liberal-konservativ, Auflage: 170.000
Excelsior, konservativ, Auflage: 200.000
El Financiero, Wirtschaftsblatt, Auflage: 135.000
La Jornada, regierungskritisch, Auflage: 106.000
Proceso, regierungskritisches Wochenmagazin, Auflage: 60.000

FERNSEHEN

Televisa, Privatsender, Marktanteil 70 Prozent
TV Azteca, Privatsender, Marktanteil 30 Prozent
Canal 11, im Besitz der staatlichen **Universität IPN**, Marktanteil ein Prozent
Canal 22, staatlicher Kultursender, Marktanteil ein Prozent

RADIO

zehn private Mediengruppen beherrschen den Radiomarkt mit Sendern wie:
Núcleo Radio Mil
Radio Fórmula
Imagen
Televisa Radio
IMER, staatlicher Radiosender mit Qualitätsprogramm
 zahlreiche Volksradios



Chile

Staatsform: Republik
Staats- und Regierungschef: Sebastián Piñera
Einwohner: 17 Millionen
Fläche: 757.000 km²

ZEITUNGEN CHILE

El Mercurio-Gruppe
 Gegründet 1827 und seither im Besitz der großen Unternehmerfamilie Edwards, Nachfahren englischer Einwanderer.
 Wurde in den 1960er-Jahren von der CIA unterstützt, wie ein US-Kongressausschuss feststellte; war für Pinochets Diktatur.
 Zum Verlag gehören noch:
La Segunda (Abendzeitung) und **Ultimas Noticias**, Boulevardblatt für „Farándula“ (=Promitratsch)
 20 Regionalzeitungen und eine Gratiszeitung

Gruppe COPESA
 Gegründet 1950. Seit 2000 im Besitz von Alvaro Saieh, einem in Kolumbien geborenen chilenischen Geschäftsmann arabischer Herkunft.
La Tercera, derzeit die beste Mainstream-Zeitung Chiles, konservativ und systemkonform, aber, speziell in den Gastkommentaren, mit einer deutlichen Öffnungstendenz. Zum Verlag gehört auch die Boulevardzeitung **La Cuarta**, das Magazin **Que Pasa** und ein Gratisblatt.
Diario Financiero – Wirtschaftsblatt, von Mercurio-Journalisten gegründet; gehört zur Unternehmensgruppe **Claro**.
„The Clinic“ – satirisch-politisches Wochenblatt, 1998 von Journalisten und linken Nachwuchspolitikern gegründet.

TV-SENDERKETTEN

Telecanal, Unterhaltung (privat)
La Red, Info, Unterhaltung (privat)
UCT, Vollprogramm, öffentlich; im Eigentum der *Universidad Católica*
CANAL 13, Vollprogramm (privat)
TVN, Vollprogramm, öffentl. rechtlich, im Staatseigentum
Mega, Unterhaltung (privat)
Chilevision Info, privat, gehört *Turner Broadcasting (CNN)*

INTERNET

In Chile haben 58 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet (Argentinien: 65 Prozent, Kolumbien und Uruguay 56 Prozent alle anderen Staaten Lateinamerikas unter 50 Prozent. Quelle: Asociación Nacional de la Prensa, Chile)
Wichtige digitale Titel:
www.elmostrador.cl
www.fundacionsol.cl
www.santiagotimes.cl (Englisch)
www.ilovechile.cl (Englisch)



Chile, Honduras und Mexiko: Schmutzige Geschäfte



Honduras

Staatsform: Republik
Juni 2009 Staatsstreich gegen den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya, danach irreguläre Wahl, von der breiten, zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung Frente Nacional de Resistencia Popular boykottiert
Regierungschef: Porfirio Lobo Sosa, Nationale Partei (rechtskonservativ)
Nächste Kongress-, Präsidenten- und Bürgermeisterwahlen: November 2013
Einwohner: ca. 8,3 Millionen
Fläche: 112.492 km²
Alphabetisierung: ca. 85 Prozent
Morde: 19 Menschen pro Tag (zehnmal so viel wie im Weltdurchschnitt)

ZEITSCHRIFTEN

4 landesweit verbreitete Tageszeitungen (rechtskonservativ: **La Prensa**, **El Heraldo**, **La Tribuna**; liberal: **Tiempo**)

TV & RADIO

Canal 8 öffentlicher TV-Sender
50 private Fernsehsender (**Canal 5:** 32,6 Prozent Reichweite; **Canal 6:** 30,4 Prozent)
etwa 200 private Hörfunkstationen (**HRN:** 45,6 Prozent; **Radio América:** 28,4 Prozent)
wichtigstes, landesweites alternatives Radio: **Radio Progreso** (1970 vom kath. Jesuitenorden gegründet; Reichweite: 3,6 Prozent)
alternative Internet-Medien:
Defensores en línea, **Voces contra el Olvido**, **El Libertador**, **A Mecate Corto**, **venas abiertas**

Es erfordert Mut, in Mexiko und Honduras als Journalist zu arbeiten. Mit Anschlägen, Morddrohungen und Entführungen gehen korrupte Politiker und Kriminelle gegen jene vor, die es wagen, ihre schmutzigen Geschäfte öffentlich zu machen. Die mexikanische Journalistin Ana Lilia Pérez musste deshalb ihr Land verlassen. In Honduras sind die Arbeitsbedingungen von Journalisten nicht besser. Dennoch sind im zentralamerikanischen Land in den letzten Jahren viele unabhängige Community-Radios gegründet worden, die den mächtigen Familienclans die Stirn bieten. Rapide verschlechtert haben sich die Arbeitsbedingungen für Journalisten auch in Chile. „Es ist schwieriger als unter der Diktatur“, schreibt der chilenische Journalistenverband. Grund genug für einen Lateinamerika-Schwerpunkt von press.freedom.now.

Schwieriger als unter Pinochets Diktatur



Gleich um 47 Plätze auf Rang 80 abgestürzt ist Chile heuer im Pressefreiheits-Index von Reporter ohne Grenzen. Erhard Stackl suchte in Santiago nach den Ursachen.

von Erhard Stackl

*Chilenisches
Mediengesetz
soll
Journalisten
zu Hilfspolizisten
machen.*

In einer passend „Null Toleranz“ betitelten Sendung auf Chilevison krachten kürzlich zwei Diskutanten so zusammen, dass es in den chilenischen Medien noch tagelang widerhallte. Fernando Villegas, Kommentator der rechten Tageszeitung „La Tercera“, nahm sich den Kommunisten Daniel Jadue vor, der überraschend zum Bürgermeister einer Gemeinde Santiagos gewählt worden war und so zu einem der seltenen TV-Auftritte eines KP-Politikers kam. „Ihr stellt euch ja immer in Havanna an, um den Castros die Stiefel zu lecken“, höhnte Villegas. Doch Jadue gab scharf zurück: „Die letzte Stiefelleckerei, die ich gesehen habe, war, als Sie für den ‚fähigen‘ Cristian Labbé (einen Ex-Geheimpolizisten und engen Kampfgefährten des Diktators Augusto Pinochet, bis November Bürgermeister der Kommune Providencia) in der Zeitung ‚trotz allem‘ eine Wahlempfehlung abgegeben haben.“

Das Scharmützel im Programm „Tolerancia Cero“ rührte gleich an mehreren Tabus der chilenischen Medienwelt, in der sich die politische Lage widerspiegelt. Zwei große Zeitungsverlage und vier TV-Sender beherrschen den Markt und stehen grundsätzlich zu

der weit rechten Regierung des Milliardärs und Präsidenten Sebastián Piñera und zu dem in Chile unter Pinochet eingeführten, extrem liberalen Wirtschaftssystem. Eine Aufarbeitung der Verbrechen unter Pinochet oder faire Berichte über Systemkritiker gibt es in diesen Medien kaum. Aber auch die moderate Opposition aus Sozial- und Christdemokraten, „Concertación“ genannt, rührte

Ricardo Rivera, Vorsitzender der Journalismus-Studenten an der Universidad de Santiago

© Erhard Stackl



während ihrer 20-jährigen Regierungszeit von 1990 bis 2010 nicht am Wirtschaftsmodell. Alles ist privat – Strom und Wasser, auch viele Schulen, Unis und Spitäler. Armut und soziale Ungleichheit gibt es trotz makroökonomischer Erfolge weiter. Die Konzentration zu immer größeren Firmengruppen im Eigentum weniger Familien setzte sich fort, im Finanz- und Versicherungswesen, aber auch bei den Medien, wo die Verlagsgruppen von „El Mercurio“ und „La Tercera“ 80 Prozent des Marktes beherrschen. Es gibt keine einzige oppositionelle Tageszeitung mehr.

2011 entlud sich der aufgestaute soziale Druck in Massendemonstrationen, die oft in Straßenschlachten mündeten. Hunderttausende Schüler und Studenten protestierten für ein freies, qualitätsvolles Bildungssystem, dann auch für einen sozialeren Staat überhaupt. Ungeachtet der Tatsache, dass laut Umfragen bis zu 70 Prozent der Bevölkerung für die Studierenden Sympathie zeigten, bezogen sie schwere Prügel von der Polizei. Festgenommen und geschlagen wurden auch etliche Journalisten, vor allem Kameralente und Fotografen, von einigen von ihnen wurden Aufnahmen gelöscht und die Geräte zer-



© Erhard Stackl

stört. Auch im Süden Chiles, wo Mapuche-Indianer um ihr Land kämpfen, kamen Berichterstatter in Haft.

Diese häufigen Übergriffe auf Medienleute veranlasste „Reporter ohne Grenzen“, Chile im World Wide Press Freedom Index heuer um 47 Plätze auf den 80. Rang herunterzustufen. Auch andere Watchdogs der Pressefreiheit sahen in Lateinamerika, wo es ja in einigen Staaten Probleme gibt, gerade in Chile massive Verschlechterungen. Die US-Organisation Freedom House stufte Chile in ihrem Survey 2012 von der Kategorie „Free“ zu „Partly Free“ herab. Und das in Wien ansässige International Press Institute (IPI) zitierte ausführlich einen Hilferuf des chilenischen Journalistenverbands, wonach ihre Berufsausübung ernstlich bedroht sei.

„Heute ist es in Chile schwieriger als unter der Diktatur.“ Diesen Satz formulierte Monica González, hoch angesehene frühere Reporterin für kleine Magazine im Widerstand gegen Pinochet, nun Direktorin der gemeinnützigen Stiftung „Ciper“, die junge Investigativreporter ausbildet. Früher habe es trotz der Risiken von Gefängnis, Folter und Tod viele Journalisten gegeben, die – das gemeinsame

Ziel der Freiheit vor Augen – mutig gegen die Unterdrückung kämpften. Heute gäbe es kaum noch persönliches Engagement.

Sprach Monica González vom Gefühl mangelnder Solidarität, so warnte das IPI vor einem chilenischen Gesetzesprojekt, das die reale Unterdrückung journalistischer Arbeit legalisieren soll. Innenminister Rodrigo Hinzpeter hatte zu Jahresbeginn einen Gesetzesentwurf „zur Stärkung der öffentlichen Ordnung“ eingebracht, der bald als „Hinzpeter-Gesetz“ bekannt wurde. Demonstranten, die sich an Gewaltakten oder Besetzungen beteiligen, werden darin mit bis zu drei Jahren Haft bedroht. Nicht nur Studentenvertreter befürchten, dass damit auch friedliche Demonstranten kriminalisiert werden könnten.

Medienvertreter sollten, so eine frühe Version des Gesetzestextes, gezwungen werden können, Fotos, Videos und Tonaufnahmen herauszugeben, um der Polizei die Identifizierung von Straftätern zu ermöglichen. Nach dem Aufschrei von Presseverbänden und zahlreichen Straßenprotesten wurde „La Ley Hinzpeter“ auf Eis gelegt und der Politiker

selbst an die Spitze des Verteidigungsministeriums versetzt. Der neue Innenminister Andrés Chadwick, ebenfalls von der weit rechten Partei „Renovación Nacional“, sagte aber kürzlich, dass der baldige Beschluss des Gesetzes weiterhin Priorität habe.

Laut regierungsnahen Medien soll der Paragraph, der aus Journalisten unfreiwillige Hilfspolizisten macht, jetzt nicht mehr im Gesetzestext enthalten sein.

„Das stimmt nicht, das wird weiterhin diskutiert“, sagte mir Ricardo Rivera, Vorsitzender der Journalismus-Studenten an der Universidad de Santiago. In der neuen Variante soll die Polizei ermächtigt werden, Journalisten zur „freiwilligen“ Herausgabe von Beweismaterial aufzufordern. Damit würde jeder Reporter von Demonstranten als potenzieller Polizeispitzel betrachtet werden.

Der 21-jährige Rivera, einer der gewählten Vertreter von derzeit 1.500 Publizistik-Studenten an den verschiedenen Universitäten Santiagos, findet es allerdings lachhaft, dass der Zustand der Pressefreiheit in Chile nicht schon viel länger kritisch bewertet worden ist. In der letzten Phase der 1990 zu Ende gegangenen Diktatur gab es viele Publikatio-

*Festnahme von Jason Suder,
Fotograf der englisch-
sprachigen Online-Zeitung
"Santiago Times".
Unbotmäßig-kritische
Zeitungen sollen mundtot
gemacht werden.*



nen engagierter Journalisten, die finanziell und tatsächlich ums Überleben kämpften, darunter die Zeitschriften Apsi, Análisis, Cauce und Fortín Mapocho sowie das Wochenmagazin Hoy und die Tageszeitung La Epoca, die beiden Letzteren von den damals ebenfalls verbotenen Christdemokraten gegründet. Alle sind inzwischen eingegangen.

Ricardo Rivera, der sich als „libertärer Linker“ bezeichnet, hält die Concertación aus Sozial- und Christdemokraten für Totengräber der Oppositionspresse. Er glaubt der Version von Juan Pablo Cárdenas, dem letzten „Análisis“-Chef und hoch prämierten Journalisten, wonach die Regierenden nach der Wende von 1989/90 alles daran gesetzt hätten, die unbotmäßig-kritischen Medien umzubringen. Es seien auch NGOs im Ausland, etwa in den Niederlanden, aufgefordert worden, ihre Zuschüsse einzustellen, weil in Chile nun Demokratie herrsche.

Das war schon vor Jahren. Vor wenigen Wochen wurde ein weiterer Titel eingestellt: die Tageszeitung „La Nación“, ein großteils im Staatsbesitz befindliches Pendant zur „Wiener Zeitung“, das sich zuletzt inhaltlich von der Regierungslinie etwas emanzipiert hatte. Als Zeitungleser sieht der Student Rivera

dennoch Fortschritte. Seit den Massendemonstrationen der Studierenden, denen sich manchmal auch Eltern und Verwandte anschlossen, bringen „El Mercurio“ und vor allem „La Tercera“ öfters Berichte und kritische Gastkommentare zu sozialen Themen. „Sie müssen die Realität Chiles einigermaßen abbilden“, meint Rivera, „sonst kauft sie ja keiner mehr.“

Als künftige Arbeitgeber kommen die beiden Giganten für engagierte Publizistik-Studenten aber kaum in Frage. Viele von ihnen betrachten das Studium als Phase der Selbstverwirklichung und landen dann in Werbeabteilungen von Firmen oder in unabhängigen Stiftungen und kleinen Medienprojekten mit wenig Geld.

„El Mercurio“, ein rein zeitungstechnisch sehr gut gemachtes Blatt, ist auch jetzt noch die Lieblingszeitung des chilenischen Establishments, obwohl sie ab den 1960er-Jahren von der CIA unterstützt wurde und als antikommunistisches Kampforgan für die Militärdiktatur eintrat. Zum Verlag gehören 20 Regionalzeitungen, Gratisblätter und das Boulevardblatt „Ultimas Noticias“, das

700.000 Leser hat. Der „Mercurio“ selbst kommt, wie auch „La Tercera“, auf halb so viele Leser. Die Druckauflagen der Tageszeitungen liegen zumeist bei 150.000 Stück. Chile hat 17 Millionen Einwohner.

Als ich mit Juan Jaime Díaz, als „Subdirector“ stellvertretender Chefredakteur des Mercurio, über die Medienkonzentration sprach, meinte er, dass die einzelnen Redaktionen des Verlagshauses ja unabhängig voneinander arbeiteten und dadurch die Vielfalt gewährleistet sei. Auch in das in den Ländern des Nordens übliche Gejammer über die finstere Zukunft von Zeitungen stimmte Díaz nicht ein. In den Ländern des aufstrebenden Südens wie Indien oder eben auch Chile wachse derzeit die Mittelschicht, was den Zeitungen neue Käufer bringe.

Auf meine Frage, warum sich seiner Meinung nach in Chile keine linke oder zumindest liberale Zeitung halten konnte, verwies Díaz auf das Wochenblatt „The Clinic“ – „Das lesen doch ohnehin alle“.

Trotz des englischen Titels in spanischer Sprache geschrieben, ist „The Clinic“ eine Mischung aus drastischer Satire mit Hang zum



© santiagotimes.



ERHARD STACKL

ist Journalist und Autor. Er ist Mitbegründer des Nachrichtenmagazins „profil“, wo er das Ressort Außenpolitik leitete und zum stellvertretenden Chefredakteur ernannt wurde. 1991 wechselte er zur Tageszeitung „Der Standard“, als Chef der Außenpolitik und Chef vom Dienst.

Obszönen, gut recherchierten Geschichten, bissigen Kommentaren und harten Interviews. Der Name bezieht sich auf den Aufenthaltsort Pinochets zur Zeit der Zeitungsgründung im Oktober 1998, erzählte mir Claudio Pizarro, der Nachrichtenchef des Blattes. Der Exdiktator verbrachte damals, auf Antrag eines spanischen Richters, 500 Tage im Auslieferungsarrest in einer Londoner Klinik, ehe die britische Regierung den angeblich dementen Mann aus humanitären Gründen heimreisen ließ.

Manche Berichte von „The Clinic“ hätten durchaus Wirkung, sagte Pizarro. So habe eine neu berufene Behördenleiterin für Chiles Kindergärten, die im Interview mit ihm freimütig ihre ultrakatholischen Ansichten ausbreitete, bald zurücktreten müssen.

Abgesehen von „The Clinic“ gibt es an den Kiosken nur wenige kritische Zeitschriften in Mini-Auflage wie „El Ciudadano“ oder die chilenische Ausgabe von „Le Monde diplomatique“.

„Die meisten Leute beziehen ihre Informationen aus dem Radio“, sagt Claudio Pizarro. Die Sender bringen zwar hauptsächlich seichte Musik und gehören zu Dreiviertel ei-

nem spanischen Konzern. Aber die Nachrichtensender der Universidad de Chile und anderer Unis informieren umfassend. Unter den Kommerzsendern ragt einer journalistisch heraus: Radio Bio-Bio, dessen Eigentümer und Chefsprecher Tomás Mosciatti als bester Interviewer Chiles gilt. Er arbeitet auch für den neuen Sender CNN Chile, wo er neben harten Politiker-Interviews – ganz im Sinne der US-Eigentümer – auch gern über Kuba und Venezuela herzieht. Die großen TV-Sender bringen, neben viel Unterhaltung, Sport und beinharten Reportagen von Polizeieinsätzen ohne jeglichen Persönlichkeitsschutz, eher zahnlose Politikberichte.

Anders im Internet, etwa in der digitalen Zeitschrift „El Mostrador“ (www.elmostrador.cl) oder der englischsprachigen „Santiago Times“ (www.santiagotimes.cl). Die wenigsten können es sich allerdings leisten, ihren Mitarbeitern auch etwas zu zahlen. Die funken dafür gratis in sozialen Netzen herum, die schon für die Organisation der Studentendemos genutzt wurden.

Meisterlich geht die „Fundación Sol“ mit Twitter und Facebook um. Das kleine, unab-

hängige Forschungsinstitut filtert aus offiziellen Statistiken und eigenen Recherchen schwer zu widerlegende Analysen über Hungerlöhne, Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit. Sie werden zunächst in ganz kurzen Informationshappen in den sozialen Netzen verbreitet, die auf ausführliche Artikel auf der Website (www.fundacionsol.cl, nur auf Spanisch) verweisen, wo es auch komplette Studien zum Herunterladen gibt. Das 14-köpfige Team der Stiftung, zur Hälfte Universitätsabsolventen, hat es geschafft, dass seine Berichte in The Clinic, La Tercera und Radio Bio-Bio zitiert werden und Regierungsmitglieder darauf reagieren.

Sogar El Mercurio hat schon ihre Daten veröffentlicht, erzählte mir der Sol-Arbeitsrechtler Gonzalo Durán. Als der Zeitungsredaktion dabei einmal ein Fehler unterlief, forderte die Fundación Sol eine Richtigstellung. Daraufhin stellte sie El Mercurio vor die Wahl, auf die Richtigstellung zu verzichten – oder nie mehr im Blatt vorzukommen. „Wir haben verzichtet“, gestand mir Durán.



Stimmen des Volkes

*Text und Fotos von Nina Kreuzinger
Mitarbeit: Andrea Lammers*

Nach dem Putsch von 2009 sind Community-Radios und Online-Portale zu den wichtigsten unabhängigen Informationsquellen in Honduras geworden. Eine europäische Journalist/innendelegation besuchte alternative Medien des Landes.





© Kreuzinger

Dina Meza im Büro der Menschenrechtsorganisation COFADEH: „Obne die Community-Radios wäre der Staatsstreich in Honduras als verfassungskonform durchgegangen.“

In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, werden die Menschen in der Dämmerung nervös. In den winkeligen Gassen kann schon das Dröhnen eines Motorrads den Menschen Angst einjagen. Die Bürger der Stadt leben in steter Furcht vor Angriffen. Wenn es Abend wird, wollen alle so schnell wie möglich nach Hause.

Honduras ist laut „Reporter ohne Grenzen“ nach Mexiko eines der gefährlichsten Länder für inländische Journalist/innen. Internationale NGOs forderten Ende November im Rahmen der Wiener Konferenz „Safety of Journalists and Issues of Impunity“ eine besondere Beobachtung des Staates. Seit 2009, seit dem Putsch gegen den linksliberalen Präsidenten Manuel „Mel“ Zelaya, herrscht in Honduras wieder ein Regime der Repression, der Gewalt, der Straflosigkeit. Familienclans betreiben den Ausverkauf des Landes. Korruption und politische Morde, die zu 99 Prozent straflos bleiben, stehen auf der Tagesordnung. Allein in den vergangenen drei Jahren wurden 27 honduranische Journalisten ermordet, die Täter blieben unbehelligt. Wer kritisch berichtet, riskiert sein Leben.

Wir treffen honduranische Journalist/innen in der Bar eines Restaurants. Viele Reporter/innen sind gekommen, um mit uns in den nächsten Tagen einen Workshop zur Situation der Medien abzuhalten. Im Mittelpunkt stehen die alternativen Medien und deren enorme Bedeutung als nichtstaatliche Informationsquellen und als Plattform für die Zivilgesellschaft, als „Stimme des Volkes“.

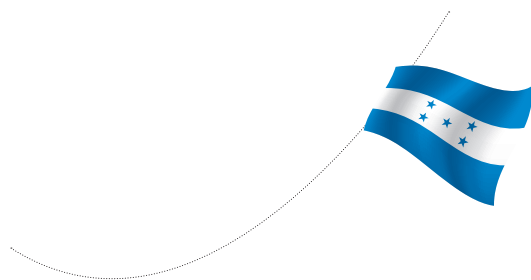
In Honduras sind traditionelle und staatliche Medien längst nicht mehr entscheidend für die Meinungsbildung, darüber sind sich die

Workshopteilnehmer/innen einig. „Hätte es die unabhängigen Community-Radios nicht gegeben, hätte sich nach dem Staatsstreich die Interpretation durchgesetzt, es habe sich bei dem Putsch um eine verfassungskonforme Aktion gehandelt“, sagt die Journalistin Dina Meza. „Durch die Arbeit, die wir in den alternativen Medien geleistet haben, haben wir erreicht, dass die Wahrheit auch im Ausland bekannt wurde.“

Bauernbewegung

Dina Meza ist eine international respektierte Medienfrau. Sie riskiert für die Wahrheitsfindung ihr Leben. 2007 erhielt sie von Amnesty International den Preis für „Journalismus in Bedrohungssituationen“ für penibel recherchierten Artikel über die fragwürdigen Praktiken privater honduranischer Sicherheitsdienste, die im Internet-Magazin *Revistazo* veröffentlicht worden waren. Trotz extremer Einschüchterungsversuche hat sie ihre Recherchen weitergeführt.

Heute ist Dina Meza Chefredakteurin des Onlineportals „Defensores en Linea“, „Menschenrechtsverteidiger Online“, und Programmleiterin des Radios der Menschenrechtsorganisation COFADEH, die sich für den Schutz bedrohter Journalist/innen und für die Familien inhaftierter und verschleppter Menschen einsetzt. Seit längerem recherchiert und berichtet Dina Meza über den Konflikt zwischen Bevölkerung und Großgrundbesitzern in der Region Bajo Aguán. Seitdem ist sie ständig Bedrohungen und Attacken ausgesetzt. Die Auftraggeber dürften in staatlichen oder privaten Sicherheitsorganisationen zu suchen sein.



Bajo Aguán ist eine der fruchtbarsten Regionen des Landes. Vor dem Putsch war die Gegend staatliches Agrarreformland. Nun streiten sich Bauern und Großgrundbesitzer um die Eigentumsrechte. Einer, der Ansprüche erhebt, ist Miguel Facussé, Zentralamerikas größter Palmöl-Magnat mit einer Vielzahl ökonomischer Interessen. Er gilt als eine der wenigen Personen, die in diesem Land entscheiden. Die starke Bauernbewegung, die sich im Aguán gebildet hat, fordert jedoch die Territorien zurück. „Sie wird von Polizei, Militär und paramilitärischen privaten Todesschwadronen bekämpft, kriminalisiert und umgebracht“, berichtet Meza. An die 60 der Bauern und Bäuerinnen, die sich organisiert haben, um ihr Land zu verteidigen, wurden in den vergangenen drei Jahren ermordet.

Medien-Seminar in der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem wohlhabenden Viertel von Tegucigalpa.

An die 30 Radiomacher/innen sind aus allen Regionen des Landes angereist, um Erfahrungen auszutauschen und sich weiterzubilden. Gekommen ist auch Felix Molina, einst Redakteur bei kommerziellen Medien, inzwischen bei Radio Globo verantwortlich für eine der wichtigsten Oppositionssendungen des Landes.

„Die Wirtschaftskapitäne sehen in Fernsehsendern, Radios, Zeitungen reine Unternehmen“, so Molina. „Zugleich sind ihre Medien-

konzerne kommerziell eng mit Versicherungsunternehmen, Banken und dem Pharmagroßhandel verbunden. Diese Unternehmen verkaufen Krankenhaus- und Schulausstattungen ebenso wie Waffen, schussichere Westen oder Sicherheitssysteme.“ Entsprechend einseitig ist die Informationspolitik dieser Medien.

Kampf um Frequenzen

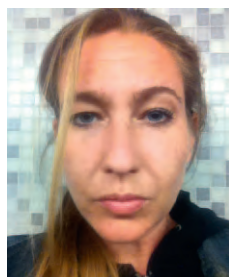
Die Probleme der honduranischen Medien sind hausgemacht. War das Land knapp bei Kasse, wurde Staatseigentum verkauft, unter anderem auch Sendefrequenzen. Schritt für Schritt gingen so Macht und Kontrolle über die Medien in den privaten Einflussbereich maßgeblicher Familienclans über, analysiert Felix Molina. Clans wie die der Familien Andoni und Ferrari-Villeda, der Canahuati-Larach, Rosenthal oder Facussé. Politisch bestimmen diese Familien längst die Gangart der Parteien des traditionellen liberalen und konservativen Lagers. In Sachen Medienpolitik kontrollieren sie inzwischen nicht nur die großen Telefongesellschaften, sondern auch die CONATEL, die Nationale Kommission für Telekommunikation. Es ist ein in sich geschlossenes Kartell.

Für die kleinen nicht-kommerziellen, meist regionalen Radios hat das schwerwiegende Folgen: Im April stellte CONATEL die Vergabe von Lizenzen für Frequenzen mit geringer

Sendeleistung ein. Begründung: Das Spektrum sei technisch „saturiert“. Trotz verfügbarer Frequenzen werden die nicht-kommerziellen Sender in die Illegalität abgedrängt, sie sind stets von der Schließung bedroht. Mit dieser Strategie sollen sie mundtot gemacht werden. Aus gutem Grund.

In den ländlichen Regionen von Honduras sind bei weitem nicht alle Haushalte an das Stromnetz angeschlossen. Viele Familien leben von weniger als zwei US-Dollar pro Tag, vor allem die der indigenen Bevölkerung. Für diese Honduraner ist das Radio die einzige Nachrichtenquelle. Die Community-Radios sind Teil des Geschehens vor Ort und informieren beispielsweise über Kämpfe gegen transnationale Goldminen-, Staudamm- oder Tourismusprojekte, die den Gemeinden schnelles Geld versprechen, aber auch ihre Lebensgrundlagen kosten. Sie klären die Menschen über ihre Rechte auf.

Die alternativen Medien Honduras' arbeiten unter finanziell äußerst prekären Bedingungen. Mangels professioneller Ausstattung dienen Mobiltelefone als Audio- und Videogeräte. Regelmäßig wird die Stromversorgung der Stationen unterbrochen. „Wenn der Strom wiederkommt, kannst du auf unserer Audiokonsole ein Spiegelei braten“, berichtet ein Radiomacher beim Workshop unter allgemeinem Nicken. „Es zischt und du kannst die Hälfte deines Equipments wegschmeißen.“



NINA KREUZINGER

Nina Kreuzinger ist freie Journalistin, Fotografin und Filmemacherin. Sie arbeitet seit 14 Jahren für österreichische und internationale Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine.

Anschläge gibt es aber auch auf die Radiomacher selbst: Auf Radio Coco Dulce wurde nach dem Putsch ein Brandattentat verübt. Zwei Reporter von La Voz Lenca, dem Radiosender der indigenen Organisation COPINH, wurden im Juni auf der Heimfahrt von einem Arbeitseinsatz mit Schusswaffen attackiert.

Dina Meza macht den Seminarteilnehmern Mut. „Wir haben es bisher geschafft, diese Putschphase durchzustehen. Also werden wir auch all die Menschenrechtsverletzungen und Lügen, die nun im Wahlkampf aufkommen werden, ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Und natürlich den großen Wahlbetrug 2013, der jetzt schon absehbar ist“, sagt sie überzeugt. „Wir haben inzwischen mehr Erfahrung im Menschenrechtsschutz als in den Achtziger Jahren. Und wir haben die neuen Technologien, Twitter, Facebook und Co. Und die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft endlich wahrnimmt, was hier los ist.“

Kaum nach Europa zurückgekehrt, erfahren wir: Der Sender von COPINH wurde am 13. November vom Frequenzverwalter CONATEL unter Druck gesetzt. Die Frequenzen müssten freigemacht werden, sonst werde die Technik beschlagnahmt. Wir erfahren, dass Felix Molinas Programm eingestellt wird, weil die Finanzierung für 2013 nicht gesichert werden konnte. Und wir erhalten die Nachricht, dass Dina Mezas jüngerer Sohn im Bus von einem Bewaffneten bedroht wurde. Sie selbst muss die schwerwiegendste aller Schutzmaßnahmen für ihr Leben in Erwägung ziehen: den Weg ins Exil.

Weitere Informationen:

<http://bondurasdelegation.blogspot.co.at>



Radio La Voz Lenca:

„Wenn der Strom wiederkommt, kannst du auf unserer Audiokonsole ein Spiegelei braten.“

„Bewaffnete vor der Haustür“



Interview:
Nina Kreuzinger und Andrea Lammers

Im Gespräch mit Nina Kreuzinger erklärt die honduranische Journalistin Dina Meza, wie sie mit den Drohungen lebt und warum internationale Bekanntheit für sie lebenswichtig ist.

Seit 2009 stehen honduranische Journalist/innen unter großem Druck.

Wie ist die Situation heute?

Meza: Die großen Medien gehören jenen Clans, die den Putsch unterstützt haben, um ihre Macht zu behalten. Informationen werden zensuriert. Wenn ein Journalist es wagt, mit der redaktionellen Blattlinie zu brechen, wird er entlassen. Viele Kollegen üben deshalb Selbstzensur. Wer über Korruption in der Polizei recherchiert, muss mit Todesdrohungen und Entführung rechnen. In San Pedro Sula wollte eine Kollegin einen

illegalen Autodeal, in den einige Prominente verwickelt waren, aufdecken. Kurz vor der Veröffentlichung wurde sie von einem angeblichen Informanten in die Falle gelockt und von Scherwaffen in ein Auto gezerrt. Daraufhin hat sie ihre Recherchen gelöscht. Einige Journalist/innen waren in Lebensgefahr. Sie haben das Land verlassen.

Was tut der Staat, um Journalist/innen zu schützen?

Meza: Wir haben es hier mit einer Staatsanwaltschaft zu tun, die nur dann tätig wird, wenn es gegen jene geht, die sich mit

friedlichen Mitteln für einen funktionierenden Rechtsstaat einsetzen. Die Menschenrechtsorganisation COFADEH hat wegen der Bedrohung mehrerer Journalisten Anzeige erstattet. Die Staatsanwälte haben nichts unternommen. Keine der Schutzmaßnahmen, die die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte für mehr als 60 honduranische Journalist/innen angeordnet hatte, wurde gewährt. Der erste Kollege, der ermordet wurde, weil die staatliche Sicherheitsbehörde nicht gehandelt hatte, war Nahún Palacios. Nach dem Putsch hat er über einen eskalierenden Landkonflikt in der Region Bajo Aguán berichtet. Im Juni 2010 wurde er vor seinem Haus erschossen.

Ein Staat, der die Täter nicht verfolgt und Straflosigkeit toleriert, macht sich zum Komplizen jener, die Menschenrechte verletzen.

Auch Sie werden bedroht.

Warum?

Meza: Ich erlebe gerade die zweite Welle. Zum ersten Mal bedrohte man mich 2005, als

ich über die Arbeitssituation von Angestellten privater Sicherheitsunternehmen recherchiert habe. Ein Anwalt, mit dem ich zusammengearbeitet hatte, wurde erschossen. Ich erhielt Todesdrohungen. Vor drei Jahren, zur Zeit des Putschs, erhielt ich Telefonanrufe. Immer wieder einmal folgten mir Autos mit verdunkelten Scheiben. Die Autos hatten keine Nummernschilder. Aber ich hielt das nicht für übermäßig gefährlich. Bis Anfang dieses Jahres.

Was ist damals passiert?

Meza: Im Februar war ich bei einem internationalen Menschenrechtstreffen im Bajo Aguán. Kurz darauf erhielt ich Textnachrichten, die mir mit Vergewaltigung drohten. Ende März war ich bei einer Anhörung vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte in Washington, bei der ich Gesetze kritisierte, die Menschenrechten zuwiderlaufen. Danach bekam ich seltsame Anrufe. Wieder war von sexueller Gewalt die Rede. Die nächsten Drohungen folgten nach einem Treffen lateinameri-

kanischer Journalisten in Haiti: Bewaffnete Männer postierten sich in der Nähe unseres Hauses. Einmal fand ich einen Mann in einem Plastiksack direkt vor meiner Tür. Das passierte zu der Zeit, als man nach einem Brand im Gefängnis von Comayagua die Toten in schwarzen Plastiksäcken herausgetragen hatte. Für mich war die Botschaft klar. Meine Familie und ich zogen um. Aber auch in unserem neuen Viertel gingen die Verfolgung und die Drohanrufe weiter. Meine Handys und Internet-Accounts werden dauerüberwacht. Im August mussten wir erneut umziehen.

Was bedeutet diese Bedrohung für Sie und Ihre Familie?

Meza: Meine Söhne und meine Tochter gehen zur Uni und zur Schule und ich kontrolliere ständig, wo sie sich aufhalten. Ich versuche, ihnen Sicherheitsregeln einzubläuen. Meine Tochter kann deswegen nachts oft nicht schlafen. Sie hat Angst, redet aber mit mir nicht darüber. Die psychischen Folgen der Bedrohung sind erheblich.

Sie behindern mich bei meiner Arbeit. Ich muss permanent aufpassen, dass mir niemand folgt, ständig meine Routen und meinen Zeitplan ändern. Diese Vorsichtsmaßnahmen und die Miete in einem sichereren Stadtviertel sind teuer. Der Stress greift meine Gesundheit an, ich habe Konzentrationsprobleme.

Woher nehmen Sie Ihre Kraft zum Weitermachen?

Meza: Die Opfer geben einem Kraft. Ich verspüre die Verpflichtung, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen beizustehen. Ich brauche diese Kraft, damit ich es aushalte, abends nicht mehr aus dem Haus gehen und mit meiner Familie keinen Ausflug machen zu können. Sonst verfolgen sie auch meine Liebsten. Die Angreifer haben da so ihre Methoden: Sie lockern die Radmuttern der Autoreifen oder durchschneiden die Bremskabel, damit es wie ein Unfall aussieht.

Hat man staatliche Schutzmaßnahmen für Sie beantragt?

Meza: Im vergangenen und in

diesem Jahr habe ich staatlichen Schutzmaßnahmen zugestimmt. Ich hatte nur um einfache Dinge gebeten, damit sie sich nicht darauf rausreden können, dass es dafür kein Budget gebe: Ich wollte, dass ein Streifenwagen der benachbarten Polizeistation zweimal täglich eine Stunde vor unserem Haus parkt. Dass sie mir die Telefonnummer hoher Polizeifunktionäre geben, damit ich sie im Fall des Falles anrufen könnte. Aber daraus wurde nichts. Das einzige, was mir hilft, ist meine Bekanntheit. Bekanntheit, vor allem auch im Ausland, schützt mein Leben. Im November 2013 finden die nächsten Wahlen statt. Xiomara Castro, die Ehefrau von Ex-Präsident Zelaya, hat ihre

Kampagne als Präsidentschaftskandidatin der linksliberalen Partei LIBRE bereits gestartet.

Wie schätzen Sie die Aussichten für Journalist/innen ein?

Meza: Die Oligarchie wird nicht einfach das Feld räumen. Mehrere LIBRE-Kandidaten sind schon ermordet worden. Wir nehmen an, dass sich die Lage verschärfen wird, je länger der Wahlkampf dauert. Wir haben keine Wahl. Wenn wir uns unter dem Tisch verstecken, dann machen die Täter weiter mit ihren Drohungen und dem Morden. Wir müssen mutig sein. Weitermachen ist die einzige Alternative.



© Andrea Lammers

Dina Meza im Gespräch mit Nina Kreuzinger: "Vergewaltigung per SMS angedroht."



«Das Einzige, wonach ich mich sehne, ist wieder heimzukehren, meinen Computer einzuschalten und den Anfang einer neuen Geschichte zu tippen», schreibt die mexikanische Journalistin Ana Lilia Pérez. Nach Morddrohungen musste sie ihr Land verlassen.

Wenn der Tod dir zuflüstert

von Ana Lilia Pérez

■ An einem Tag im Juni verließ ich wider Willen das Haus. Ich ließ meine Familie, meine Heimat zurück. Mit einem Koffer und meinem Pass ging ich ein einvorläufiges Exil. Mir war kaum Zeit geblieben, mich von ein paar Freunden zu verabschieden. David Cilia erreichte mich am Flughafen, kurz bevor ich an Bord des Transatlantikfluges ging. Er drückte mich an sein Herz, wie es nur Genossen tun, die einem in bitteren Momenten begleitet haben.

Zwei Jahre zuvor hatte mir David, der rebellischste und bockbeinigste meiner Freunde, eine Lektion fürs Leben erteilt. Der Tod hatte ihm zuflüstert, als der Fotoreporter eine Kollegin der Friedenskarawane am 27. April 2010 mit seinem Körper schützte. In San Juan Copala, einem Dorf im Bundesstaat Oaxaca war die Karawane in den Hinterhalt von Paramilitärs geraten.

Im Kugelhagel, der ihr Auto durchsiebte, wurde der kräftige Körper des 30-jährigen von zwei Kugeln getroffen. Schwer verletzt gelang es ihm, sich in einem Straßengraben zu verstecken. Zwei Jahre später erinnere ich ihn am Flughafen zu unser beider Ermutigung an diese Geschichte. Bald, sage ich zu ihm, werden wir wieder unseren Kampf als Reporter führen. Wir werden wieder versuchen, an Informationen offizieller und vertraulicher Quellen heranzukommen, wir werden die täglichen Hindernisse überwinden und Auseinandersetzungen mit Funktionären haben, die fast immer Geld verschleudern, aber gegenüber Journalisten feige sind.

David versteht, dass ich meine heimliche Abreise aus Mexiko nicht aufschieben kann.

Drogenbosse

Die 18 Flugstunden verlaufen schlaflos. Wenn du eine Reise antrittst, die weder mit Vergnügen noch mit Arbeit zu tun hat, ist es unmöglich, nachzudenken. Bei der Ankunft an einem Flughafen, wo ich kein Wort verstehe, wird mir lediglich klar, dass der Grenzbeamte wissen möchte, was die Beweggründe meines Besuchs in Deutschland seien. In der Euro-Zone reagieren Vertreter der Migrationsbehörden mittlerweile sehr empfindlich, wenn Mexikaner ihr Staatsgebiet betreten. Nicht ohne Grund. Immer häufiger werden bei mexikanischen Reisenden Drogen sicher gestellt und Mafiabosse festgenommen.

Auf den europäischen Flughäfen mischen sich Polizisten in Zivil als verdeckte Ermittler unter die Reisenden. Angesichts des Migrationsbeamten vor mir frage ich mich, was für ihn wohl die typischen Merkmale sein mögen; vielleicht ist es die Art zu gehen oder es ist ein Schwanken, das den Drogenkurier verrät? Ich zeige dem Beamten das Schreiben der „Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte“, die mir Zuflucht gewähren wird. Der Mann in Olivgrün wirft einen schnellen Blick auf den Brief. „Journalistin?“, fragt er. Ich nicke. Er stempelt meinen Pass, schenkt mir ein Lächeln und wünscht mir einen guten Aufenthalt. Den wünsche ich mir auch.



Martina, eine imposante nordische Schönheit, empfängt mich am Flughafen mit einem Strauß weißer Rosen, Lilien und frischer Orangenblüten. Martina leitet die Stiftung, die seit 25 Jahren Schriftstellern, Filmemachern, Dichtern und Journalisten Schutz gewährt, deren Leben oder Freiheit in Gefahr geriet, weil sie mit ihrer Arbeit eine faschistische Regierung oder ein korruptes Regime in Verlegenheit brachten. Menschen aus Russland, Afghanistan, Usbekistan, Moldavien, Iran, El Salvador oder Zimbabwe sind unter den Zufluchtsuchenden.

Was ich nicht erwartet hatte: Europäische Funktionäre und Politiker hatten meine Bücher *Camisas azules, manos negras* (Blaue Hemden, schwarze Hände) und *El cártel negro* (Das schwarze Kartell) gelesen. Sie haben mich vor den Risiken gewarnt, die die Veröffentlichung von *El cártel negro* nach sich ziehen würde. In diesem Buch beschreibe ich, wie sich das organisierte Verbrechen die Kontrolle über die staatliche Ölgesellschaft Pemex gesichert hat.

Als ehrlicher Journalist ist man in Mexiko in großer Gefahr. In Mexiko wird Korruption geleugnet, zahlen die Konzerne, die vorgeben, sozial zu handeln, unter dem Tisch Millionen Pesos an Schmiergeldern.

Befangene Richter

Ich kenne diese Mechanismen aus eigener Erfahrung: Ein Unternehmer bot mir Geld, Reisen und „Garantien für meine Zukunft“, wenn ich im Gegenzug darauf verzichtete, meine Nachforschungen über seine korrupten Geschäfte zu veröffentlichen. Ich lehnte ab und machte meine Arbeit. Daraufhin verklagte er mich, und zwar so oft, dass ich die Übersicht verlor. Ich erinnere mich heute nicht mehr, wie viele Male ich vor Gericht erscheinen musste, wie viele Zeugenaussagen und Beweisführungen ich erlebte. Der Papierkrieg, der Druck, die Drohungen, befangenen Richtern und korrupte Staatsanwälte nahmen kein Ende. Man wollte mich einschüchtern. Sie strengten nicht nur Strafverfahren gegen mich an, sondern gingen sogar so weit, mich wegen vermeintlicher

Unterschriftenfälschung in einem Rechtschutzverfahren anzuklagen, das ich selbst angestrengt hatte.

Ich habe nie kapiert, in welchem Augenblick sich mein Leben so verkomplizierte. Gegen Machtmissbrauch, Informationsblockaden, Morddrohungen, Verfolgungen, telefonische Überwachung musste ich kämpfen, nur um meinem Beruf auszuüben.

Als ich auf der Universität Journalismus studierte, hatte niemand von den Risiken gesprochen, die dieser Beruf mit sich bringen kann. Damals galt der Mord an dem Kolumnisten Manuel Buendía, der am 30. Mai 1984 auf dem Parkplatz seines Büros erschossen worden war, noch als außergewöhnlicher Fall. Seither gab es so viele Hinrichtungen, dass man traurigerweise nicht einmal mehr die Namen registriert.

Meine berufliche Karriere verlief rasant. 1996, als 20-Jährige, schrieb ich meine erste Reportage für *La Jornada*. Sie trug den Titel „Das letzte Geschenk von Mari Jo an ihren Mann, den Dichter Octavio Paz“. Keine zwei Jahre später begann ich mit meinen Recherchen über die uferlose Korruption in Mexiko. Der Gouverneur des Bundesstaates Chiapas, Roberto Albores Guillén, hatte Millionen aus dem öffentlichen Haushalt abgezweigt, um die bescheidenen Besitzungen seiner Familie in prunkvolle Landsitze zu verwandeln.

Ich recherchierte über Geldwäsche, Korruption in den Gefängnissen und Menschenhandel. Meine Arbeiten wurden in Zeitungen wie *El Universal*, *Milenio Diario*, *Novedades*, *El Financiero* und *La Jornada* sowie in den Zeitschriften *Cambio* und *Contralínea* veröffentlicht. Dann kam das erste Buch.

Bitter und süß

Fernab von meinem Zuhause feierte ich heute meinen 36. Geburtstag. Ich dachte über die letzten und aufregendsten Jahre meines Lebens nach. „In kurzer Zeit hast du das Bittere und das Süße des Berufs erfahren, wurdest mit Strafprozessen überzogen und hast Preise gewonnen, die einen erst am Ende einer Wegstrecke erreichen“, sagte mir einmal mein Mentor Miguel Ángel Granados Chapa,

der das Vorwort zu meinem Buch *Camisas azules, manos negras* geschrieben hat.

Zu Hause ist es bei Geburtstagen üblich, dass man mit dem Ständchen *Las mañanitas* geweckt wird. Man bekommt Blumen und Geschenke. Niemand kann sich vorstellen, wie sehr einem diese Kleinigkeiten fehlen.

Meine Freundin Yoselin, eine mexikanische Einwanderin, bringt mir grüne Enchiladas, Maseca und eine Salsa Verde. Wolfgang, ein Mitarbeiter von Amnesty International, schenkt mir Dahlien. Die Blumen stammen aus Axtlán und wurden 1804 von Alexander von Humboldt in Europa eingeführt.

Jetzt denke ich auf der anderen Seite des Atlantiks darüber nach, in welchem Dauerkrieg ich gelebt und gearbeitet hatte, in steter Angst davor, dass Kriminelle ihre Drohung wahr machen könnten.

Wahlen

Aus der Ferne verfolgte ich die fragwürdigen Wahlen in Mexiko. Viele Mexikaner haben mit knurrendem Magen abgestimmt. Ich hörte die Ansprache von Präsident Felipe Calderón anlässlich der Übergabe seines letzten Rechenschaftsberichts an den Kongress. Der Bericht weist große Lücken auf: Die fast 100.000 Toten, die 160.000 Vertriebenen und die mindestens 13.000 Verschwundenen, die Opfer des so genannten Drogenkrieges kommen in seinem Bericht nicht vor.

Auch die 70 ermordeten und 14 verschwundenen Journalisten wurden mit keiner Silbe erwähnt. Gar nicht zu reden von uns, die wir unser Land verlassen mussten. Als Staatschef konnte oder wollte er unsere Sicherheit nicht garantieren. Oder es interessierte ihn einfach nicht, uns minimalen Schutz bei unserer Arbeit zu gewähren. Der Beruf des Journalisten ist schlecht bezahlt. Immer wieder hat man es mit Gesprächspartnern zu tun, denen es in den Sinn kommen kann, dir ein paar Kugeln zu schicken.

Was Präsident Felipe Calderón auch zu erwähnen vergaß: Mexiko hat während seiner Amtszeit seine Pressefreiheit eingebüßt. Das hat auch Freedom House festgestellt. Calderóns Regierung erinnert an jene von Victoriano

Huerta, dem Präsidenten während der Revolutionsjahre 1913 und 1914, der den Kritiker Belisario Domínguez zum Schweigen brachte, indem er ihm die Zunge abschneiden ließ. Heute wird kritischen Journalisten der Kopf abgeschnitten.

2010 besuchte ich die Familie von Roberto Marcos García, der Ende 2006 in Veracruz ermordet worden war. Er war der Erste, der während der sechsjährigen Amtszeit von Calderón ermordet wurde. Ich veröffentlichte seine Geschichte anlässlich des internationalen Tages der Pressefreiheit.

Die Behörden behaupteten, dass der Fall geklärt sei. Nichts ist weniger wahr. Die mutmaßlichen Mörder von Roberto Marcos sind vor Monaten frei gelassen worden. Niemand wurde nachgeforscht, woran Roberto zum Zeitpunkt seiner Ermordung geschrieben hatte. Ich ging sein persönliches Archiv durch und fand heraus, dass er über den Drogenhandel im Hafen von Veracruz recherchierte. Gouverneur Fidel Herrera war bei Marcos' Beisetzung zugegen. Er versprach, die Verantwortlichen zu fassen, die Witwe zu unterstützen und das Dach ihres Haus zu richten: eine Hütte, die mit Pappe gedeckt war, durch die es hereinregnete. Roberto war gerade dabei gewesen, das Dach instand zu setzen. Am Ende wurde das Verbrechen nicht geklärt, es gab keine Hilfe und auch kein neues Dach.

María Guadalupe, Robertos Witwe, empfing mich in ihrem Sessel sitzend. Auf ihrem Schoß lagen Fotos von Roberto als jungem Mann, der auf der Schreibmaschine seine ersten Texte schreibt. Mit 17 Jahren entdeckte er, dass ihm der Journalismus im Blut liegt. Mit seiner Arbeit brachte er es zu 2.000 Pesos, etwa 100 Euro, im Monat. Sein einziger Besitz war ein Motorroller, den er mit dem, was seine Frau mit dem Verkauf von billigen Kosmetikprodukten verdiente, abbezahlt hatte. Die Geschichte von Roberto Marcos wiederholte sich während der Amtszeit von Calderón sieben Mal.

Bei ihrem Mexiko-Besuch im Februar 2008 sprach Louise Arbour, UN-Hochkommissarin für die Menschenrechte, gegenüber der Regierung Calderón die Einschränkungen der Meinungsfreiheit an. Sie brachte ihre Sorge über die unaufgeklärten Morde an Journalisten zum Ausdruck. Arbour forderte die Regierung auf, diese Morde mit der gleichen Energie aufzuklären, die sie beim Kampf gegen den Drogenhandel An den Tag legt. Aber Calderón ignorierte ihren Appell ebenso wie die Berichte der Zivilgesellschaft

Geruch der Einsamkeit

In der Nähe meines Hauses, dem Haus der Zuflucht, gibt es einen Park. Bei leichtem Nieselregen riecht es draußen nach Fenchel, Basilikum und Minze. In meiner Küche riecht es nach aromatischen Kräutern, aber auch nach Einsamkeit. Die Minze erinnert mich an die Nachmittage, als ich mit meiner Familie in einem libanesischen Restaurant in Mexiko-Stadt gegessen habe. Ein Privileg, das ich zurückerhielt, als ich den Personenschutz ablehnte.

So gehen die Tage dahin, ohne dass ich aufhören könnte, über Gewalt, Korruption und die gescheiterte Demokratie in meinem Land nachzudenken. Die Missstände können überwunden werden, denke ich.

Manche Leute sagen, die einzige Garantie für ein sicheres Leben sei, mit dem Schreiben aufzuhören und sich aus dem Beruf zurückzuziehen. Aber wenn man den Beruf aufgibt, so glauben wir, dann ist man so gut wie tot. Und ich will nicht sterben. Das Einzige, wonach ich mich sehne, ist, mich wieder an meinen Computer zu setzen und den Anfang einer neuen Geschichte einzutippen.

Erschienen am 15. Oktober 2012 in der mexikanischen Internet-Zeitschrift „Variopinto“
<http://rvariopinto.mx/prod/?q=content/resistir-cuando-te-susurra-la-muerte>



Das Schwarze Kartell. Wie das organisierte Verbrechen die Macht bei Pemex übernahm. Das Buch hat auch in Europa für Aufsehen gesorgt.



ANA LILIA PÉREZ

Ana Lilia Pérez ist Journalistin und Autorin. Für ihre Publikationen über das organisierte Verbrechen in Mexiko wurde sie mehrfach ausgezeichnet, zuletzt mit dem Leipziger Journalismuspreis. Pérez erhielt Morddrohungen und lebt zur Zeit auf Einladung der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte in Deutschland.



In our Time – Magnum 1947-1987

bis 10. Februar 2013

© René Burri / Magnum Photos



René Burri

Westlicht. Schauplatz für Fotografie
Westbahnstraße 40
1070 Wien
T +43 1 522 66 36 - 60
info@westlicht.com
www.westlicht.com

Die Ausstellung IN OUR TIME. MAGNUM 1947-1987 in der Galerie WestLicht wurde von Chefkuratorin Rebekka Reuter gestaltet und öffnet ein Zeitfenster der ersten vierzig Jahre Magnum mit Fotografien der vier Initiatoren und fünfzig weiteren Mitgliedern, wie Werner Bischof, Ernst Haas, Erich Lessing, Eve Arnold, Marc Riboud, Elliott Erwitt, Inge Morath, René Burri, Bruce Davidson, Constantine Manos, Burk Uzzle, Hiroji Kubota, Bruno Barbey, Josef Koudelka, Gilles Peress, Mary Ellen Mark, Susan Meiselas, Raymond Depardon und Sebastião Salgado.

Industrie

24. Jänner – 31. März 2013



OstLicht. Galerie für Fotografie
Absberggasse 27
A-1100 Wien
Tel +43 1 996 20 66 |
info@ostlicht.at
www.ostlicht.com

Die Ausstellung „Industrie“ zeigt Positionen zeitgenössischer FotokünstlerInnen, die einen Blick auf die heutigen Formen industrieller Produktion werfen.

KünstlerInnen:

Anatoliy Babiychuk / Edward Burtynsky
Elisabeth Czihak / Michael Goldgruber
Birgit Graschopf / Katharina Gruzei
Cornelia Hauer / Ernst Logar
Walter Niedemayr / Markus Oberndorfer
Sascha Reichstein / Thomas Ruff
Margherita Spiluttini / Max Wegscheidler

Still Hideously White

By *Barnie Choudhury*

In 2001 the BBC's Director-General, Greg Dyke, was asked whether he thought his organisation was "hideously white". He said it was. More than a decade later research suggests things are just as bad and may even get worse.

I can still remember my first day in the BBC. It was the 26th September 1986 and I was one of the chosen few. We had been plucked from obscurity and branded BBC Trainees. The prestige of that label still reverberates around newsrooms across the world and on that day, at that moment, I felt the thrill of absolute privilege. I never thought about race, ethnicity or colour then. Five thousand people had applied and twelve were left standing. We had all won our places through tough competition and only the best were chosen. The fact four of us just happened to be of colour had nothing to do with our being picked. History has proven that: one is now a regular face on the weekend evening national news, after stints as an award-winning foreign correspondent, and I left the BBC at the top of my game.

But even as we ended our traineeship the ugly accusation of racism in the BBC was whispered in a chance conversation. Some of my colleagues left the day their traineeship ended and one of the reasons for their leav-

ing was, they said, because the BBC was a racist organisation. I couldn't have agreed less. Even today, through loyalty to an organisation which looked after me well, I refuse to accept the BBC is a racist place. There are simply too many people of honour who would fight racism; too many people who would not allow it in their presence; and too many people who would be truly hurt by this unjust accusation.

For the record I have never, I don't believe, lost out on a promotion or job because I was South Asian. In fact I won my first staff job in BBC local radio against five or six white people. This included a colleague on the trainee scheme and the current Director of Communications for the International Olympic Committee, Mark Adams. I was appointed to become part of the launch team of a national radio station. I was sent around the world by the BBC and feted in BBC Annual Reports as a success story.

But research I've been carrying out for my Masters tells an uncomfortable and complex story when it comes to the BBC and its tag as a "hideously white" organisation. Figures obtained under the Freedom of Information Act (FOIA) suggest that in BBC News very little has improved statistically. In 2000 8.2 percent were Black Minority Ethnic compared

BARNIE CHOUDHURY

Choudhury is a multi-award-winning journalist. He has worked for the BBC for 24 years. Today he is teaching journalism at the University of Lincoln.



to just 9.7 percent a decade later. The 1.5 percent increase is simply awful. But you have to give the BBC credit; it has tried awfully hard. Under the FOIA I have discovered that there have been an astounding thirty-one diversity schemes in the past fifteen years.

This raises serious questions: what has gone wrong and why are we where we are? Unfortunately my overwhelming conclusion is that BBC News will remain hopelessly “hideously white” unless radical steps are taken to improve the situation. In my research I will suggest ways to improve the figures. But anyone with any common sense knows that it will take a generation of strategic planning rather than the ad-hoc, piece-meal approach taken by the BBC at the moment to get anywhere near proportional parity. Compare this, if you will, with the success of Britain in the 2012 Olympics. Success didn’t come overnight.

And whisper this very quietly: BBC News is in danger of being accused of “institutional racism”. For those who don’t understand the origins of institutional racism in the UK, let me explain. In the UK a black teenager was murdered by a gang of racist white youths. The world-famous Metropolitan Police have been living in shame ever since for their handling of the case. The New Labour government ordered an inquiry led by a retired

High Court judge, Sir William Macpherson. Stephen Lawrence’s murder brought into the UK psyche a set of words whose impact reverberates for its 60 million citizens:

“The collective failure of an organisation to provide an appropriate and professional service to people because of their colour, culture, or ethnic origin. It can be seen or detected in processes, attitudes and behaviour which amount to discrimination through unwitting prejudice, ignorance, thoughtlessness and racist stereotyping which disadvantage minority ethnic people.”

Furthermore Macpherson said that a “racial incident” is an event which anyone, victim or witness, perceives as such. Since Macpherson’s findings, much has been written rejecting the various definitions, especially what is or is not a racial incident. But this is what we have to play with and as such, under Macpherson’s definition, BBC News falls foul of his widely accepted definitions. Despite protestations from the BBC’s outgoing Director-General, Mark Thompson, few can argue with “the perception” that the BBC News is institutionally racist, after all someone’s perception is their reality. For example, one journalist who spoke to me under the academic conditions of anonymity said: “When I apply for jobs there’s always an excuse why I’m not eligible. My experiences are never quite good enough or I have to do more to get to the

next level. I’m told to look at jobs I did ten years ago and at levels much lower than I’m currently. White people definitely get more chances and more help than people of colour. People appoint in their image and let’s face it, most senior managers are white and so they’ll appoint people who’re like them, people in whom they can see themselves.”

Another was just as unequivocal: “I’d like to know if he [Mark Thompson] really thinks the BBC is the place to be for Black Minority Ethnics. I wouldn’t know where to start, I really wouldn’t. He and his organisation let me down big time. I feel so angry about it all. I wouldn’t want anyone to go through what I went through.”

The BBC may well argue that my research is the ramblings of a disillusioned, disgruntled and deluded former employee. I hope it doesn’t because I have been, and always will be, a critical friend who knows he can help the organisation he still loves to become truly reflective of the audiences the BBC claims to represent.



Hamlet in Teheran

von Konrad Mitschka

Schulen und Spitäler werden geschlossen, Betriebe und Wohnungen stehen leer, die Wirtschaft bricht zusammen. Nein, damit sind nicht mögliche Folgen der Eurokrise gemeint. Zitiert wird hier ein ORF-„Report“-Beitrag, der inzwischen auch im Schulunterricht eingesetzt wird. In „Österreich ohne Ausländer/innen“ von Münire Inam und Ernst Johann Schwarz emigrieren schließlich auch ORF-Stars: Michael Niavarani (Iran) und Viktor Gernot (Tschechien) verlassen Österreich. Sie wären beileibe nicht die einzigen, die dem ORF abhanden kämen.



Michael Niavarani

Betrachten wir das fiktive Szenario: ORF ohne Migrant/innen? Wo wären dann, um nur einige zu nennen, Ägypten-Korrespondent *Karim El-Gawhary* – Migrationshintergrund deutsch-ägyptisch, „Thema“-Redakteur *Zoran Dobric* – Migrationshintergrund serbisch, Mirna Jukic von ORFsport+ – Migrationshintergrund kroatisch, *Ani Güllün-Maier*, ORF III – Migrationshintergrund türkisch -, oder *Claudia Unterweger*, afro-österreichische Moderatorin der ZiB-Flashes? Wie viele überhaupt übrigblieben, kann man nicht sagen. Der ORF erfasst den Geburtsort der Eltern seiner Mitarbeiter/innen nicht, das verhindert quantitative Berichte. Er setzt Zeichen durch Programminhalte.

2011 verweist die ORF-Archivdatenbank auf 248 Beiträge in den Ö1-Journalen. Das von CIVIS mit einer Anerkennung für die vielfältige Berichterstattung bedachte Studio Wien sendet unter dem Titel „Vielfalt in Wien“ Porträts von Wienerinnen und Wienern mit Migrationshintergrund; bisher aus 47 Herkunftstaaten. Das Hörbild „Was lange gärt, wird endlich Wut“ von Ursula Scheidle und Arno Aschauer wurde mehrfach ausgezeichnet,

ebenso die „Saldo“-Migrationsreihe von Nadja Hahn und Barbara Krommer, die sich mit der Frage „Was leisten Migrant/innen für Österreichs Wirtschaft“ befasste.

„Integration ist eine Notwendigkeit, die zur Selbstverständlichkeit werden muss. Dazu trägt der ORF nach besten Kräften bei, sei es mit dem in türkischer und deutscher Sprache auf „Okto“ ausgestrahlten „WienHeute – Haber Magazin“ oder durch Information über unterschiedliche Lebenswelten, ihre Besonderheiten, Geschichten, Erfahrungen und Perspektiven in all unseren Medien und Programmen. „Authentische Information ist die Basis für Toleranz und Verständnis“, so ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz.

Authentische Information zum Beispiel im Fernsehen: 458 Beiträge sendete die ZiB, außerdem berichten die ORF-Magazine, etwa vielfach dafür ausgezeichnet „Thema“, „Am Schauplatz“ und die Programme der ORF-Religion, „Orientierung“ oder „Kreuz und Quer“. Hinzu kommt mit „Heimat, fremde Heimat“ von und mit Sylvana Meixner und Lakis Iordanopoulos, eine Sendung, die allein 2011 107 Mal gesendet wurde und zu

den „dienstältesten“ öffentlich-rechtlichen Formaten ihrer Art gehört. „Diversität macht eine Gesellschaft wertvoller – und diesen gesellschaftlichen Mehrwert müssen die Medien als Reflexionsebene der Gesellschaft widerspiegeln. Dadurch wiederum generieren die Medien für sich und ihre Publika Mehrwert“, schreibt die Kommunikationswissenschaftlerin Petra Herczeg in der Publikation „TEXTE – öffentlich-rechtliche Qualität im Diskurs“.

Die Wahrnehmung des Themas Integration auf eine Sendung oder auch auf ein Genre wie die „Information“ zu beschränken, die sogenannte „Ghettoisierung“, wäre aber falsch. Gerade im Bereich der TV-Unterhaltung ist höchste Sensibilität angesagt; Es lauert der „TV-Stereotyp“, wie ihn Katharina Schenk nennt. Sie ist unter anderem für die TV-Sendung „Schnell ermittelt“ verantwortlich: „Verständlicherweise bietet ‚der Ausländer‘ immer großes dramaturgisches Potenzial aufgrund der automatischen Reibflächen, die eine Konfrontation mit ‚dem Inländer‘ bietet. So besteht die Gefahr, dass eine Figur mit Migrationshintergrund zum Träger und

KONRAD MITSCHKA



Konrad Mitschka, *1969, Redakteur, Lehrbeauftragter (Universität Wien, FH Wien), arbeitet im Public-Value-Kompetenzzentrum des ORF und verantwortet u.a. den Public-Value-Bericht des ORF. Er hat zahlreiche Sachbücher und Buchbeiträge veröffentlicht, darunter „Wandelwörter“ oder „Ein Jahrhundert Österreich“.



*Sylvana Meixner und
Lakis Jordanopoulos*



Karim El-Gawbary



Claudia Unterweger

Verfestiger von Klischees gerät, was aus ‚pädagogischer‘ Sicht – und hier sei der Bildungsauftrag und -effekt des öffentlich-rechtlichen Fernsehens betont – kontraproduktiv ist. Der Türke ist dann schnell der ewige Kebab-Verkäufer, der Afrikaner Drogendealer, der Muslim zwingt seine Frau, einen Schleier zu tragen, und die Zuwanderer aus Ost-Europa sind sowieso alle kriminell. Ziel sollte es aber sein, die veränderte Bevölkerungszusammensetzung als Normalität zu begreifen und zu zeigen.“

Information, Unterhaltung, Rollenmodelle – es braucht öffentlich-rechtliche Werke vor und hinter den Kulissen. Inklusion ist das Ziel, und sicherlich sind auch öffentlich-rechtliche Medien, ist auch der ORF nicht am Ende des Wegs angekommen. Die Schritte dorthin sind unterschiedlich. Der WDR hat einen „Integrationsbeauftragten“ ernannt, die BBC hat nicht MigrantInnen, sondern Ethnien als Thema in ihren Aktionsplänen, Europa zeigt, dass es keine „one-size-fits-all“-Lösung gibt. „Der ORF muss für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv sein. Das gelingt in meinen Augen, wenn wir als ORF Integra-

tion leben – in den Teams und Redaktionen, bei den Drehbuchautor/innen, bei Kameraleuten, aber auch nach außen, bei Moderator/innen, bei Schauspieler/innen“, meinte etwa Fernsehdirektorin Kathrin Zechner bei den Österreichischen Medientagen 2012.

Die Botschaft ist angekommen: In knapp jeder fünften Sendung der Primetime in ORF 2, so legt eine Studie des Instituts für Journalismus und Medienmanagement der FH Wien dar, sind Migrant/innen zu sehen. Im Hintergrund wirken sie an mehr oder minder jeder Sendung mit, erfinden Formate – wie zum Beispiel den ORF III-Sprachkurs „Mein Almanca“ – , sie recherchieren und berichten. Im Zuge von Bewerbungsverfahren wird immer wieder gezielt Kooperation gesucht, werden neue Wege gemeinsam beschritten: FM4 institutionalisiert Feedbackrunden mit Migrationsfachleuten zwecks thematischer Anreicherung, die Radioinformation suchte für die Lehrredaktion bevorzugt Nachwuchs mit Migrationshintergrund.

Ein erster systematischer Schritt ist die wiederkehrende Befassung mit dem Thema im

jährlich veröffentlichten „Public Value“-Bericht. Dieser greift das Thema im Wertebereich „Integration“ regelmäßig auf und veröffentlicht relevante ORF-Daten und Leistungen für alle zugänglich auf <http://zukunft.ORF.at>. Auch das Programm setzt starke Zeichen. In einer neuen eigenproduzierten Serie, den „Cop Stories“, wird es um einen ganz normalen – und daher stark migrantisch beeinflussten – Bezirk gehen.

Das Thema bleibt im ORF und in seinen Programmen im Diskurs. Innerbetrieblich wird es im Rahmen der Qualitätssicherung analysiert, im Programm ist für 2013 ein Schwerpunkt zum Thema „Integration“ geplant. Vielleicht machen dabei auch Michael Niavarani und Viktor Gernot mit. Im ORF-Beitrag „Österreich ohne AusländerInnen“ ziehen sie sich in ein Leben als Präsident des tschechischen Schwimmverbands beziehungsweise als Teheraner Theaterdirektor inklusive eigenem Hamletauftritt zurück. Im ORF sind sie uns lieber.



KAIROS Music Production
www.kairos-music.com

»Das ist der dunkelste Abschnitt unserer Unternehmensgeschichte. Wir sind dazu verpflichtet zu gedenken und wollen mit dieser Dokumentation einen weiteren Beitrag zur historischen Aufarbeitung leisten. So unfassbar uns diese Ereignisse von damals heute erscheinen, so klar müssen wir als ÖBB diese Zeit als Teil unserer Geschichte akzeptieren.«

Mag. Christian Kern,
CEO ÖBB Holding AG

THEMENAUSSSTELLUNG

Verdrängte Jahre

Bahn und Nationalsozialismus
in Österreich 1938 – 1945

Die Thementausstellung »Verdrängte Jahre« beleuchtet erstmals die Rolle der Bahn in der Nazi-Zeit. Sie thematisiert jene Zeit, in der die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) Teil der Deutschen Reichsbahn waren, in der die Bahn auch in Österreich eine der wichtigsten Stützen des nationalsozialistischen Regimes war. Denn ohne Bahn als Transportmittel wären Kriegslogistik der deutschen Wehrmacht und die Massentransporte in die Vernichtungslager nicht möglich gewesen.

2013 wird die Thementausstellung in ausgewählten Städten Österreichs gezeigt. Die Thementausstellung umfasst den »Anschluss«, den Alltag der Bahnbediensteten, die Emigration und Kindertransporte, die Sondertransporte in die Vernichtungslager, den Widerstand der österreichischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn, das geraubte, »arisierte« Vermögen, die Restitution – und einen Dokumentarfilm, in dem ÖBB-Lehrlinge Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen führen.

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Traude Kogoj
Wissenschaftliche Beratung: Univ.-Prof. Dr. Oliver Rathkolb
Ausstellungskonzeption: Milli Segal

Einen Einblick in Thementausstellung
und Ausstellungsbuch gibt
www.oebb.at/verdraengte_jahre

Fragen zur Ausstellung an E-Mail
verdraengte.jahre@oebb.at

Eine Frage der Demokratie

**Migranten greifen immer öfter zu den Medien der Gastländer.
Es ist hoch an der Zeit, Minderheiten eine Stimme zu geben,
fordern die Journalisten von M-Media.**

von Ania Haar

M-Media schlägt eine Brücke zwischen österreichischen Mainstream-Medien und den Migranten. Österreich ist längst ein Einwanderungsland, interkulturelle Vielfalt ist Realität geworden. Aber im Vergleich zu anderen Ländern lässt die mediale Integration, etwa im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zu wünschen übrig. US-amerikanische, britische, aber auch deutsche Erfahrungen zeigen, dass Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund und interkulturelle Vielfalt in den Programmen von Sendeanstalten, wie der BBC und dem Westdeutschen Rundfunk, die demokratische Chancengleichheit fördern.

Was ist aber mediale Integration? Den Begriff prägten 2001 die beiden deutschen Wissenschaftler Horst Pöttker, vom Dortmunder Institut für Journalistik, und Reiner Geißler, Soziologe an der Universität Siegen. Pöttker und Geißler bezeichnen damit die Rolle der Massenmedien bei der Integration, die in drei Bereichen stattfindet: in der Einbindung von Journalisten mit Migrationshintergrund in Medienunternehmen, bei der Mediennutzung und bei den Medieninhalten. In den deutschen Medien dominierte bis Ende der 1990er Jahre das Bild des „unerwünschten Ausländers“, in Österreich werden immer noch „Schwarze als Drogendealer“ stigmati-

siert. Erst Jahre später wurde mehr über Einwanderung und Integration geschrieben. Seit 2003 hat der Westdeutsche Rundfunk (WDR) einen Integrationsbeauftragten. Er fördert Journalisten mit Migrationshintergrund und interkulturelle Vielfalt in den Programmen. Eine Studie von ARD/ZDF machte deutlich, dass sich der Medienkonsum der Migranten in Deutschland verändert: Eine Mehrheit bevorzugt heute deutschsprachige Medien, noch vor ein paar Jahren waren es Medien aus den Herkunftsländern gewesen. Die Ergebnisse dieser Studie bestätigten, dass die neue Strategie der ARD, die Einwanderungsgesellschaft in Informationssendungen und Unterhaltungsprogrammen wie etwa den Tatort-Krimis zu zeigen, die richtige ist. Dass Journalisten mit Migrationshintergrund in Österreich keine Selbstverständlichkeit sind, das hat Clara Akinyosoye, seit 2010 M-Media-Chefredakteurin, am eigenen Leib erfahren. „Am Anfang waren Menschen schon überrascht, dass eine schwarze Journalistin zum Interview kam“, sagt die 24-jährige Tochter nigerianischer Auswanderer. „Ich musste zuerst einmal Auskunft über meine Herkunft geben, bevor ich selbst Fragen stellen konnte.“

Mediale Berichterstattung hat großen Einfluss auf das gesellschaftliche Bild von Mi-

granten. Stereotype oder Vorurteile können verstärkt oder abgebaut werden. „Wichtig ist, dass kein Gefälligkeitsjournalismus betrieben wird“, betont Akinyosoye. „Aber Minderheiten müssen eine Stimme bekommen.“ Berichterstattung über das Thema Asyl finde weitgehend ohne Asylwerber statt. Wie sie ihre Flucht erlebt haben, oder wie es ihnen in Österreich ergeht, diese Fragen werden nicht gestellt.

„Wir verlangen keine Schönfärberei, sondern umfassende Berichterstattung“, sagt auch Simon Inou, Leiter von M-Media. „Wir müssen auch Unangenehmes wie Rassismus unter Migranten ansprechen.“

Seit fünf Jahren berichten Journalisten der M-Media-Redaktion in der Tageszeitung „Die Presse“ über Migration und Integration. „Meine afrikanischen Wurzeln helfen mir bei der Arbeit“, sagt Clara Akinyosoye. „Ich habe eine andere Sensibilität und andere Kontakte.“

Dass die Arbeit von M-Media anerkannt wird, das zeigen die Journalistenpreise, die das Team in den letzten Jahren bekommen hat. Ermutigend ist auch die Tatsache, dass andere Medien die übernommen haben.

ANIA HAAR

ist Journalistin und stellvertretende Vorstandsvorsitzende von M-Media, Verein zur Förderung interkultureller Medienarbeit.



The Ogaden Nightmare

The Swedish freelance journalists Johan Persson and Martin Schibbye spent 438 days in an Ethiopian prison. They were investigating Africa Oil's responsibility for the dispossession of Ogaden residents.

By Urban Löfqvist



URBAN
LÖFQVIST

is bureau chief of
Reporters Without
Borders Sweden.

“This August, Africa Oil, a company of the Swedish Lundin group, will start drilling for oil in Southern Ethiopia. At the same time as their stock is booming, more and more people from the Ogaden province arrive at the refugee camps in north-eastern Kenya. According to witness reports they have been driven away by the Ethiopian military, which is clearing the area for the oil drillings right now. According to Human Rights Watch, there is great risk that what happened at the Lundin oil fields is about to happen again in Sudan. We have decided to find out if this is true.”

This is the first paragraph of the story outline that Johan Persson and Martin Schibbye had presented to some editors before they left for Ethiopia last year. Their goal was to get into the disputed and sealed-off Ogaden province in Ethiopia, in order to see the area with their own eyes and meet the people whom neither aid workers nor journalists are allowed to talk to.

On June 30 they were arrested by Ethiopian military in the Ogaden when they were accompanied by fighters of the “Ogaden National Liberation Front” (ONLF). Two months later they were sentenced to eleven years in prison for illegal entry and collaboration with terrorists.

Finally, after 438 days they were back home in Sweden, after an assignment followed by the world.

On September 14 Martin Schibbye and Johan Persson gave a press conference in Stockholm. They were met with standing ovations

by their Swedish colleagues. The press conference was broadcast live on Swedish television.

“During the last 14 months we have experienced things that are unique”, said Martin Schibbye. “We have gone through what you would otherwise only encounter in interviews with refugees, being imprisoned together with some of the world’s most vulnerable people.” He stressed that the people of Ogaden had no freedom of speech. Refugees carry their stories to Somalia and Kenya.

“Although we are happy to be free, we think of those who are still in prison and will never come out, and we think of our imprisoned colleagues”, Schibbye and Persson said.

Before their release from the infamous Kality Prison in the Ethiopian capital Addis Abeba a fellow prisoner who was beaten by the guards managed to whisper into Martin’s ear: “Promise me to tell the world about what you have seen!” Schibbye and Persson kept their promise. “Our work begins today and will last as long as we live”, they said at the press conference.

In detention, the two journalists found out that the prisoners in the cells around their own were holding men and women who were imprisoned for expressing their opinions. Others were arrested because they were accidentally caught in the middle of a crackdown against journalists and members of the opposition.

Johan Persson and Martin Schibbye explained why they chose to travel to Ethiopia with the help of ONLF guerilla. The other op-



© APA

Free at last: Martin Schibbye (left) and Johan Persson arrive in Sweden after 438 days in Ethiopian captivity.

tion, to accept an invitation from the oil companies or the Ethiopian government, would have limited their freedom to investigate. Therefore, they opted for the weaker party, the guerilla.

Still the two journalists do not know what led to their arrest, who was informed of their arrival. The Somali-Ethiopian border is long and porous. When they entered Ethiopia, they had hired a driver. They were seen by a military patrol. When they were arrested, they were in the company of a soldier and an interpreter. When the Ethiopian army attacked with automatic fire they tried to escape into the bushy terrain, where visibility

was poor. Nevertheless, Martin Schibbye and Johan Persson were hit by bullets.

“We misjudged the consequences of an arrest”, said Schibbye. “We never thought that someone could be sentenced to so many years in prison. Journalists from other countries that have been caught in Ogaden were released after a short time.”

Making a security analysis before the trip was practically impossible. Unlike other areas of conflict, the UN or other organizations are not represented in the area.

For Persson and Schibbye the first days after the arrest were the worst. Both had gunshot wounds. Before they were allowed to meet

the Swedish ambassador Jens Odlander on July 4, they were held in the desert for four days. Persson had lost a lot of blood and they begged to be taken to hospital.

“It was the longest day of your life”, says Schibbye. “In the course of our arrest we agreed to be filmed so that there was evidence that we were alive in case they should shoot us later”, says Martin Schibbye.

The filming was a nightmare: The two Swedish journalists were taken to a recording studio that “looked like a Steven Spielberg-thing with an incredible amount of soldiers disguised as rebels. Johan and I watched and asked ourselves ‘will they let us live and allow us see the film?’” The faked film material was used as evidence during the trial.

After some days the vice president of the region showed up. He wore camouflage and told us to testify that the other persons in the film were terrorists. A few kilometers outside Galkyao, Persson and Schibbye were bundled into a car. An interrogator grabbed Martin’s injured arm and screamed that he no longer was Mister Nice Guy and that he would die if he did not tell the truth.

“A soldier raised his gun and shot into a bush. The same thing has happened to Johan, some distance away”, said Schibbye. “I thought they had shot Martin”, said Johan.

Johan Persson thought it was easier for the Ethiopian regime to keep them captive because they were Swedish citizens. It would have been harder to detain Americans or Englishmen. Furthermore, the arrest had taken place in the oil zone. “With our fingers in the cookie jar”, as Schibbye put it.

Schibbye and Persson never thought that they would be prosecuted. They were sure the Ethiopian authorities would back off as soon as the international media began reporting their story. “The tragedy is that Ethiopia has won”, declared Schibbye. “No reporter will take the risk of being shot or sentenced to 20 years in prison”, added Persson.

Menschenrechte und Orchideen

von Rubina Möhring

Jeder Aufstieg ist schwer. Die Büros der Universitätsprofessoren Manfred Nowak und Hannes Tretter, den Leitern des Ludwig Boltzmann Institutes für Menschenrechte, liegen im Dachgeschoss eines Wiener Innenstadthauses: 4. Stock ohne Lift. In kleinen Dachgeschossräumen ist hier das Zentrum eines Think Tank, der aktuelle Fragestellungen und Herausforderungen nicht nur analysiert, sondern auch Strategien zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen entwickelt. Vor allem Fragen der Pressefreiheit, so Manfred Nowak, und die steigende Zahl von Klagen, die Journalist/innen beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg einreichen, hatten schon vor der Gründung des BIM den Blick für Menschenrechte und deren Verletzungen geschärft. Hannes Tretter ergänzt: Aus Sicht des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sind Meinungs- und Medienfreiheit eine wesentliche Bedingung für eine lebendige, pluralistische und von Toleranz geprägte Demokratie.

Kaum war das BIM aus der Taufe gehoben, wurde 1992 dem damals noch winzigen Institut ein erstes Projekt angetragen, dessen Di-

mension die Kapazitäten des BIM völlig zu überfordern drohte: den Input der UN-Weltkonferenz für Menschenrechte zu koordinieren. Die Vorbereitung der Konferenz, die im Frühsommer 1993 in der Wiener Hofburg tagte, hat dem Ludwig Boltzmann Institut zum Durchbruch verholfen.

„Menschenrechte bestimmen die Regeln des Zusammenlebens“, betont Manfred Nowak. Sechs Jahre lang war er UN-Sonderberichterstatter über Folter. „Deshalb sehen wir eine unserer Aufgaben auch darin, Vermittler zu sein, um Menschenrechtsopfern zu helfen.“ Er und seine Mitarbeiter/innen verstehen sich als Universalisten, die versuchen, alle Aspekte der Menschenrechte im Auge zu behalten: Flucht und Migration, Folter und Men-

In einem Minibüro nahm vor zwanzig Jahren das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte seine Arbeit auf. Heute beschäftigt es 40 Mitarbeiter/innen und ist internationaler Mainplayer. Ein Universitätsinstitut für Menschenrechte wie in den Niederlanden und den USA gibt es in Österreich aber nach wie vor nicht.

schenhandel, Frauenrechte und Gleichberechtigung, Kinderrechte, aber auch die Situation von Menschen mit Behinderungen und Diskriminierungen.

Das Wiener Menschenrechtsinstitut ist das einzige innerhalb der Europäischen Union, das von der Europäischen Kommission ein Generalmandat für so genannte Twinning-Projekte erhielt. „Dadurch haben wir die Möglichkeit, Kandidatenstaaten und Drittstaaten zu beraten“, erklärt Hannes Tretter. Im Mittelpunkt steht hierbei die Umsetzung europäischer Menschenrechtsstandards, die Ausarbeitung von Gesetzen und von Trainings für Justiz- und Verwaltungsbeamte. Insofern trifft es sich gut, dass Hannes Tretter auch Mitglied des Verwaltungsrates der in



Wien angesiedelten EU-Agentur für Grundrechte ist.

Menschenrechtsbildung sollte schon im Kindergarten beginnen, davon sind die Mitarbeiter/innen des BIM überzeugt. Ihr Credo: Menschenrechte müssen für Kinder greifbar gemacht werden. Im Rahmen des Projektes Polis werden Materialien für Schulen aufbereitet, Lehrer/innen werden trainiert, mit Schülern werden demokratiepolitische Werte und Symptome antidemokratischen Denkens analysiert. Es wird über Menschenrechte und Menschenwürde diskutiert, über notwendige Kontrollsysteme, wie zum Beispiel regelmäßige Besuche in Gefängnissen auch in Österreich. Ohne das Engagement und die Zähigkeit von Manfred Nowak wäre seitens des Innenministeriums wahrscheinlich kaum eingestanden worden, dass der Gambier Bakay J. von Sicherheitsbeamten schwer misshandelt und gefoltert wurde.

„Es ist Zeit zum Sterben“, hatte ein Polizist gerufen, ihm den Lauf seiner Pistole in den Nacken gehalten und abgedrückt. Das Magazin war leer, doch das konnte Bakary J. natürlich nicht wissen. Zuvor war ihm ein

Plastiksack über den Kopf gestülpt worden. Geschehen war all dies vor sechs Jahren in einer Wiener Lagerhalle, erst heuer wurden drei der Beamten entlassen. Der Anwalt des noch immer schwer traumatisierten Gambiers fordert inzwischen ein hohes Schmerzensgeld. Das Innenministerium wird sich nicht zieren können. Auf der Website *www.atlas-of-torture.org* gibt das BIM einen weltweiten Überblick über Folter und andere Misshandlungsformen.

Firmen lassen sich immer öfter über Menschenrechtsfragen beraten

Längst schon lassen sich auch Industriekonzerne vom Wiener Menschenrechtsinstitut beraten. Das BIM hat ein Ampelsystem entwickelt, aufgrund dessen den Unternehmen abgeraten wird, in gewissen Ländern zu investieren, um sich an Menschenrechtsverletzungen nicht mitschuldig zu machen.

„Es ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, Firmen zu beraten. Das ist natürlich nur dann möglich, wenn auf der höchsten Ebene, also im Vorstand, die Bereitschaft da ist, dass ihre

Projekte nicht nur ökologisch sondern auch menschenrechtlich nachhaltig sind“, erklärt Manfred Nowak. Dass etwa bei der Ölförderung die Situation der dort lebenden Bevölkerung berücksichtigt wird. Dass die Menschen keine finanziellen Nachteile erleiden, dass – ähnlich wie in Entwicklungshilfe-Projekten – im Rahmen von so genannten community development programmes auch das Gesundheits- oder Bildungswesen unterstützt wird. Auf der anderen Seite muss zugleich sichergestellt sein, dass die beschäftigten Arbeiter menschenwürdig untergebracht und bezahlt werden. Auch in Österreich seien Firmen und Betriebe zunehmend an einer solchen Beratung interessiert.

Trotz dieser Erfolgsgeschichten ist es dem BIM bisher nicht gelungen, Menschenrechte als eigene Disziplin an österreichischen Universitäten zu etablieren. In den Niederlanden, in den USA und in Großbritannien ist Lehre und Forschung in Sachen Menschenrechte eine Selbstverständlichkeit. „In Österreich gelten sie eher als Orchideenfach“, lächelt Manfred Nowak und fügt hinzu: „Ähnlich wie die Akupunktur.“

Gastkommentar von:
Michael Spindelegger,
*Vizekanzler und Außenminister
der Republik Österreich*
Alison Bethel McKenzie,
*Exekutivdirektorin des
Internationalen Presseinstituts
(IPI)*

Berichten unter Lebensgefahr:

Ein globaler Appell für die Sicherheit von Journalisten

Allein in diesem Jahr wurden weltweit bislang über hundert Journalisten auf Grund ihrer Arbeit getötet – die höchste Zahl an Todesfällen seit Beginn der Aufzeichnungen des Internationalen Presseinstituts (IPI) im Jahr 1997. In allen Regionen der Welt – von Afrika, über Asien und Europa bis zum Nahen Osten und Lateinamerika – sind Journalisten systematischen und brutalen Angriffen ausgesetzt. Manche geraten ins Kreuzfeuer im Zuge ihrer Berichterstattung über bewaffnete Konflikte. Der Großteil jedoch wird Opfer von gezielten Attacken krimineller Gruppierungen und auch Einzelpersonen, die versuchen, die Verbreitung von Informationen – etwa über Korruptionsfälle und andere kriminelle Aktivitäten – zu verhindern und kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen.

In vielen Ländern sehen sich Journalisten tagtäglich mit dem Tod konfrontiert. Morddrohungen sind schon lange keine Besonderheit mehr. Journalisten werden ermordet, weil sie bestimmte Informationen veröffentlichten, aber manchmal auch deshalb, weil sie dies unterlassen. Aber die Angriffe auf Journalisten beschränken sich nicht auf Mordanschläge: Viele Reporter wurden im Lauf dieses Jahres brutal zusammengeschlagen oder durch Schussfeuerwaffen und Sprengkörper schwer verletzt. Erst kürzlich wurde etwa ein bolivianischer Radioreporter, während er live auf Sendung war, von Angreifern mit Benzin übergossen und angezündet. Auch Familienangehörige von Journalisten werden nur zu oft in den tödlichen Strudel der Gewalt hineingezogen.

Die weit verbreitete Straflosigkeit für solche Übergriffe ist ein besonderes Problem und stellt eine der größten Herausforderungen im Kampf für mehr Sicherheit dar.

Journalisten kommt eine besondere Rolle innerhalb der Gesellschaft zu, da sie durch ihre Tätigkeit den Bürgern Informationen von öffentlichem Interesse zur Verfügung stellen. Es sollte demnach im Interesse der Allgemeinheit liegen, diese besondere Funktion zu bewahren und zu stärken. Die Konsequenzen von Übergriffen auf Journalisten sind klar ersichtlich: der Öffentlichkeit werden entscheidende Informationen vorenthalten, das Recht auf Information wird verletzt und den Journalisten selbst wird es unmöglich gemacht, die Unabhängigkeit zu bewahren, die so entscheidend ist für ihre professionelle Glaubwürdigkeit.

Die weltweit steigende Zahl der Morde an Journalisten hat zu einem dringenden Handlungsappell geführt. So konnten im vergangenen Jahr mehrere internationale Meilensteine gesetzt werden, die dem Kampf gegen Gewalt und Straflosigkeit neuen Antrieb verleihen werden:

Im September dieses Jahres wurde erstmals in der Geschichte eine Resolution zur Sicherheit von Journalisten vom UNO-Menschenrechtsrat angenommen. Die neue Initiative wurde von Österreich in Erfüllung eines Wahlverspre-

chens anlässlich seines Einzugs in den Menschenrechtsrat im Jahr 2011 eingebracht und gemeinsam mit einer Kerngruppe von Staaten aus verschiedenen Weltregionen, darunter Brasilien, Marokko, Tunesien und die Schweiz, vorangetrieben. Die Resolution greift auch die Beiträge des IPI und anderer Organisationen auf, die sich für die Pressefreiheit engagieren. Sie ist ein bedeutender Schritt vorwärts zur Förderung der Sicherheit von Journalisten. Neben einem eindeutigen politischen Statement zur Verurteilung jeder Art von Übergriffen auf Journalisten enthält die Resolution einen Aufruf an die Staaten, effektive Maßnahmen gegen die Straflosigkeit zu ergreifen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen – durch unabhängige Untersuchungen, Gerichtsverfahren und Zugang zu angemessenem Rechtsschutz für die Opfer.

In der Resolution wird zudem erstmals die Verantwortung der Regierungen hervorgehoben, den Schutz von Journalisten nicht nur in offensichtlichen Konfliktsituationen zu gewährleisten, sondern in allen Bereichen und jederzeit. Denn man darf nicht vergessen: Die meisten tödlichen und sonstigen schwerwiegenden Übergriffe auf Journalisten erfolgen außerhalb von klassischen Konfliktzonen. Die Tatsache, dass die Resolution, trotz ihrer starken Forderungen und kompromisslosen Formulierung, im Menschenrechtsrat von 66 Staaten miteingebracht und im Konsens angenommen wurde, verleiht ihr noch größeres Gewicht für den künftigen Einsatz zum Schutz von Journalisten.

Parallel zu den Aktivitäten im Menschenrechtsrat hat auch die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) Diskussionen und Aktionen zur Stärkung der internationalen Instrumente zum Schutz von Journalisten vorangetrieben. Das Ergebnis dieser Initiativen ist der UNO-Aktionsplan zur Sicherheit von Journalisten, der im April vom Koordinierungsrat der UNO verabschiedet wurde.

Während der vergangenen Tage wurden diese internationalen Diskussionsprozesse in

Wien fortgeführt. Vertreter von Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen, anderer internationaler Organisationen, Staaten, Berufsvertretungen und NGOs kamen auf Einladung Österreichs zu einem Follow-up-Treffen zusammen, das sich auf die Umsetzung des UNO-Aktionsplans konzentrierte. Ziel des Treffens war es, sicherzustellen, dass der Aktionsplan tatsächlich in konkreten Maßnahmen resultiert, die helfen werden, die Gewalt gegen Journalisten einzudämmen.

anderer Institutionen zur Umsetzung des Aktionsplans und zur Beendigung der Straflosigkeit laufend kritisch zu beobachten.

Im Jahr 2012 wurde also viel erreicht, um zukünftig einen besseren Schutz von Journalisten zu gewährleisten. Nun liegt es an den UN-Organisationen, der Zivilgesellschaft, den Medienfachleuten und – am wichtigsten – an den zahlreichen Staaten, die die Resolution des Menschenrechtsrates zur Sicherheit von Journalisten unterstützt haben, ihr Bekennt-



Die Autoren des Gastkommentars: Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger und Alison Bethel McKenzie überreichen den „Ipi Press Freedom Dialogue Award“ an Oral Zeynep, eine Mitbegründerin von Winpeace, am 14. Juni 2011.

Medienvertreter aus aller Welt waren aktiv in die Debatten zur Umsetzungsphase eingebunden. Bei einem Treffen vor wenigen Wochen in London veröffentlichten Redakteure und Journalisten eine Stellungnahme, in der der UNO-Aktionsplan begrüßt wird und das UNO-System und andere maßgebliche nationale und internationale Organe aufgefordert werden, effektiv und in rechenschaftspflichtiger Weise an der Umsetzung des Aktionsplans zu arbeiten. Außerdem wurden die Nachrichtenmedien aufgerufen, die Maßnahmen ihrer Regierungen, Justizbehörden und

nis zu diesem wichtigen Anliegen aktiv unter Beweis zu stellen.

Österreich und das IPI stehen bereit, die gemeinsame Arbeit fortzusetzen, um die nunmehr bestehenden, breit angelegten Mechanismen zum Schutz von Journalisten bekannt zu machen und voranzutreiben.

Und das IPI wird weiterhin Journalisten in gefährlichem Umfeld unterstützen, Gerechtigkeit fordern, wenn diese attackiert werden, und die Verantwortlichkeit der Staaten für deren Sicherheit einfordern.

Sport & Sportrezeption in Österreich

- **SPORT IST GELD:** In Österreich ist Sport gut für 2,6 Prozent des BIP, für 11 Prozent aller Arbeitsplätze und für eine Wertschöpfung von 16,4 Milliarden Euro pro Jahr.
- **SPORT IST QUOTE:** Nach ZIB und Bundesland Heute bringen Sportnachrichten die höchsten Zuseherquoten. Ein Riesentorlauf am Sonntag bringt einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent.
- **SPORT IST IDENTITÄT:** „Wir haben gewonnen“, sagt man und nicht: „Die Nationalmannschaft hat gewonnen.“ Gemeinsames Erleben verbindet, wenn man Glück hat, auf friedliche Weise.

Bunte Blätter für bunte Leiberl

Im Sportjournalismus breitet sich aufge-regte Kurzatmigkeit aus. Star-Klischees und Vereinsinteressen werden bereitwillig transportiert. Die Verflechtung von wirtschaftlichen, sportlichen und verlegerischen Interessen gefährdet eine kritische Distanz zu den Akteuren.

von Johann Skocek



Im Frühling 2009 gründeten die vier Großmächte des alpinen Skisports, Österreich, Frankreich, Italien und Schweiz, den Europäischen Skiverband (ESF). Das Hauptmotiv der Gründung war die Unzufriedenheit mit dem Weltskiverband FIS. Um das Unternehmen in den Medien zu platzieren, wurde ein halbes Jahr später, im November 2009, die erste Europameisterschaft angesetzt, ein Indoor-Parallel-Slalom in der Skihalle von Amnéville, Frankreich. Weil vorausszusehen war, dass für diese läppische Veranstaltung kaum ein Medium Interesse zeigen würde, lud die ESF Journalisten nach Amnéville ein. Die ESF werde „die Aufenthalts- und Nächti-

gungskosten übernehmen“, schrieb die Pressestelle des ÖSV im Oktober 2009 an die Redaktionen. „Dabei habe ich an dich gedacht“, hieß es kumpelhaft in den an die Ski-Reporter gerichteten Mails. Falls der Angeschriebene keine Zeit habe, würde man sich auch über ein anderes Mitglied der Redaktion freuen.

Das ist eine kennzeichnende Episode. Mächtige Sportverbände und Vereine auf der einen Seite und die Medien sowie die eingebetteten Journalisten auf der anderen sind Handelspartner. Gib Information und Dazugehörigkeitsgefühl, nimm Jubelgeul und Anbetung.

Die Abgehobenheit des ÖSV und seines Präsidenten Peter Schröcksnadel zeigte sich beispielhaft vor einem halben Jahr. Um die Ski-WM 2013 in Schladming und deren angebliche ökologische Nachhaltigkeit zu demonstrieren, lud der Verband Alt-Olympiasieger, Wirtschaftspartner und befreundete Journalisten auf einen Trip nach Island ein. Für ein Jux-Rennen wurden zweieinhalb Tonnen Rennausrüstung samt einem Starthaus mitgeschleppt. Für die Umweltverschmutzung des Flugzeugs und anderer Transportmittel habe man CO₂-Zertifikate bezahlt, hieß es. Außerdem sei ohnehin die ehemalige Grüne Abgeordnete Monika Langthaler als Öko-Beraterin der Ski-WM mit von der WM- und Reisepartie, so Schröcksnadel.

Reise nach Island

In den eingeladenen Medien fand sich kaum ein kritisches Wort zu dieser wirren Unternehmung. Nur der Musiker Hubert von Goisern, der sich gern als Umweltprediger und Fortschrittskeptiker gibt – siehe seinen „Protestsong“ „Brenna tuat's guat“ – fuhr dem ÖSV in die Parade. Eine Ski-WM in Island zu

präsentieren, „um Attribute wie sauber, grün und nachhaltig zu beschwören, gehe auf keine Kuhhaut, nicht einmal auf die eines Ochsen. „Das ist schlichtweg krank!“, schrieb von Goisern in einem Leserbrief an die Kleine Zeitung.

Kooperation ist die erste Medienpflicht, wenn es um die Interessen von Österreichs Mächtigen geht. Schließlich geht es beim Sport um symbolisches Kapital, Nationalstolz und handfeste touristische Interessen. Die Übung in Gehorsam endet erst, wenn die Angehimmelten vor Gericht stehen, wie der einst unantastbare Hannes Kartnig, Ex-ÖOC-Präsident Leo Wallner und dessen Generalsekretär Heinz Jungwirth. Kartnig hatte viele Jahre lang den Grazer Fußballklub Sturm Graz regiert, den Verein zum Meister gemacht und den Klub 2006 zum Konkurs angemeldet.

Lange nachdem ein Grazer Magazin und der „Standard“ Zweifel an der Seriosität von Kartnigs Geschäftsführung geäußert hatten, begegneten ihm Zeitungen und ORF mit Devotionsgesten. Inzwischen ist Kartnig in erster Instanz unter anderem wegen Abgabenverkürzung nicht rechtskräftig zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, die Verhinderung bloß auf die allzu engen Beziehungen zwischen Journalisten und Sportpromis und Vereinskapos zurückzuführen. Das gemeinsame Geschäftsinteresse von Sponsor und Programmlieferant wirkt viel subtiler und gründlicher. Der ORF beispielsweise muss aus Eigeninteresse die Liga und deren Vereine als spannende Unterhaltung darstellen. Immerhin zahlt der Staatssender rund acht Millionen Euro pro Jahr für die Übertragung von Live-Spielen und einen nicht ge-

nannten Betrag für die Rechte an den Inlandsspielen der ÖFB-Nationalmannschaft.

Alle paar Jahre wieder handelt der Staatssender außerdem mit ÖSV-Präsident Schröcksnadel einen neuen Vertrag über die Sende-rechte für die Weltcup-Skirennen in Österreich aus. Das ist freilich nicht Schröcksnadels einziges Geschäft mit dem ORF. An seinem Tourismus- und Wetter-Sender TW1 beteiligte sich der ORF zunächst mit 50 Prozent, bevor er ihn im Oktober 2005 ganz übernahm und 2011 in ORF III umtaufte.

Es ist für Journalisten schon schwer genug, Sportlern, zu denen man seit Jahren Kontakte auf dem Fußballplatz oder auf Reisen zu Weltcuprennen unterhält, unvoreingenommen zu begegnen. Die Verträge zwischen Vereinen und Medien aber haben die Sportberichterstattung unwiderruflich in eine moderne Apologetik verwandelt. Vertreter quotenträchtiger Sportarten kalkulieren mit dem Geld aus dem Verkauf der TV-Rechte. Kleinere Vereine sind Sendern ausgeliefert. Denn deren Sportveranstaltungen werden meist nur mehr dann übertragen, wenn der Veranstalter einen Produktionskostenzuschuss blecht. Ein Teufelskreis, denn ohne TV-Übertragung kann kein Veranstalter Sponsoren gewinnen.

Was das für die kritische Distanz der Journalisten zu den Personen und Themen der Berichterstattung bedeutet, kann man sich vorstellen. Direkte, plumpe Anweisungen zur Schönfärberei sind selten. Sie sind schlicht überflüssig. Die Ausdünnung der Redaktionen und die habituelle Unterschätzung der (Sport-)Berichterstattung hat die österreichischen Zeitungen zudem der Chance beraubt, der Dauergehorsamsübung im TV eine reflexive, spannende Erzählung im populärs-

Nachdenken...

Schimpfen...

Den Hut drauf hauen...

Oder
Mitglied

von „Reporter ohne Grenzen“
werden

Mitgliedsbeitrag: 30,- € pro Jahr

Ermäßigter Tarif: 10,- € pro Jahr

Fördermitgliedschaft: ab 50,- € pro Jahr

ROG-Mitglieder erhalten unsere Vierteljahreszeitschrift press.freedom.now gratis

Neue Mitglieder heißen wir mit einem ROG-Fotobuch willkommen.

Abonnieren



press.freedom.now

Zeitschrift für freie Information um 22,- €

Abo und Mitgliedschaft:

info@rog.at

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT



JOHANN SKOCEK

Ist Journalist und Autor, er arbeitete für die Tageszeitung „Der Standard“ und „Die Presse“. Skocek ist heute freier Journalist in Wien.

ten medialen Sektor entgegensetzen: dem Sport.

Als der ÖSV während der Olympischen Winterspiele von Turin 2006 den zweiten Dopingskandal innerhalb von vier Jahren lieferte, wollte die „Kronen Zeitung“ das par-tout nicht wahrhaben. Das Kleinformat zahlt dem Verband seit vielen Jahren viel Geld, um als offizielle Zeitung aufzutumpfen und die Heroen des Winters auf Plakaten für sich werben lassen zu können. Schon in Salt Lake City 2002 hatte der ÖSV mit mutmaßlichem Blutdoping von sich reden gemacht. Bis heute steht eine mediale Aufarbeitung der Affären aus.

Zu den systemischen Schwierigkeiten des Sportjournalismus kommt in diesem Land noch die quasi ständestaatliche, rigide Ordnung hinzu. Im Bieterkampf um die Sende-rechte bekommt der ORF erst seit ein paar Jahren Konkurrenz von den Privatsendern ATV+, Puls4 und Servus TV. Vorher mussten sich Sportverbände mit den Brosamen begnügen, die ihnen der Staatssender bot. Vielleicht entsteht demnächst so etwas wie ein Markt für TV-Lizenzen. Nach wie vor freilich klammern sich Verbände, wie der ÖSV, ÖFB und Rapid, an die Reichweite des ORF.

Als printmediale Vervielfacher spielen landesweit nur die „Kronen Zeitung“ und „Kleine Zeitung“ eine Rolle. In der Provinz wachen Zeitungen wie die „Oberösterreichischen Nachrichten“ und die „Tiroler Tageszeitung“ über das Wohlergehen ihrer Sportler. Die mediale Konzentration auf Schönfärberei wird durch die Konzentration der Verlage noch verschärft. Der Raiffeisen-Konzern besitzt über seine Anteile an der Mediaprint (Kurier, Kronen Zeitung) und der Verlagsgruppe News (News, profil, trend, Format,

TVMedia, Autorevue, Golfrevue) sowie über den Privat-TV-Sender ATV+ und diverse Radiosender erheblichen Einfluss auf die veröffentlichte Meinung. Parallel dazu ist Raiffeisen ein unentbehrlicher Geldgeber des Sports und Inseratenkunde.

Zum Raiffeisen-Konzern gehört auch Österreichs größte Versicherung. „Uniqua“ ist Hauptsponsor des ÖSV. Das ÖSV-Pärchen Marlies Schild und Benni Raich hat für die Versicherung einen Werbespot gedreht. Hermann Maier, Österreichs großer Skiheld, wirbt für Raiffeisen. Maiers Nachfolger, Marcel Hirscher, ein begabter Athlet mit wenig Charisma, trägt das Raiffeisen-Logo ebenfalls auf dem Kopfschutz.

Raiffeisen ist in Politik, Wirtschaft und Sport allgegenwärtig. Auch ÖOC-Präsident Karl Stoss ist ein Zögling des Konzerns, der seit Jahren als einer der größten Sponsoren das Österreichische Olympische Komitee unterstützt. Stoss wurde zum Nachfolger von ÖOC-Präsident Leo Wallner aufgebaut. Wallner soll als Chef der Casinos Austria, an denen Raiffeisen über seine Tochter Uniqua beteiligt ist, Distanz zu manchen Raiffeisen-Wünschen gewahrt haben. Wallner musste wegen mutmaßlicher Malversationen im ÖOC zurücktreten. Der Verein hat gegen ihn einen Schadenersatzprozess über 800.000 Euro angestrengt.

Einladungspolitik

Der frischgebackene ÖOC-Präsident Karl Stoss lud seinen Bergkameraden Christian Rainer, Chefredakteur des profil, zum Besuch der Winterspiele in Vancouver ein. Der Chefredakteur zahlte den Flug, das ÖOC das Zimmer. Der Journalist lieferte dafür im täglichen ÖOC-Olympia-Bulletin Betrachtungen über

die Großartigkeit österreichischer Olympiasportler.

Auch eine Reporterin des Magazins „Format“ weilte auf Kosten des ÖOC in Vancouver. Dort machte sie mit Stoss ein Interview, in dem der Präsident seine zu diesem Zeitpunkt längst bekannten Vermutungen über den Sauhaufen ÖOC unter Wallners und Jungwirths Führung wiederholte. Interview samt dazugehörendem Artikel wurden vom damaligen Chefredakteur Peter Pelinka als „Story der Woche“ gepriesen. Stoss' Pressesprecher bei den Casinos rechtfertigte die Einladungen der Reporterin mit dem Kooperationsvertrag, den das ÖOC mit dem News-Verlag abgeschlossen hatte.

Das Landesgericht Wien teilt übrigens Stoss' Meinung, was den Sumpf im Olympischen Komitee betrifft. Jungwirth wurde in erster Instanz wegen Veruntreuung zu fünf Jahren unbedingter Haft verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Das dritte Symptom der journalistischen Atemnot ist eine Folge der inhaltlichen Ausdünnung der Medien. Verlegerische Prinzipien sind zum verzichtbaren Luxusgut geworden. Die mit dem Hinweis auf die schlechten Zeiten begründeten Austeritätsprogramme führen zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Zeitungen. Für kritische Artikel ist kaum mehr Platz und Zeit. Der Aktualitätsdruck wächst umgekehrt proportional zur Verringerung von Verarbeitungskapazitäten und Personal. Österreichs Sportjournalismus darf als Zeichen für einen grundlegenden Trend gelesen werden: der Journalismus ist tot, es lebe die Kommunikation.

Das „Red Bulletin Magazin“, wie „Servus TV“ Teil des Medienimperiums von Dietrich Mateschitz, ist das beste Beispiel für diesen hysterischen, zuckersüßen Pseudojournalismus.

von Peter Klein

Keine Chance

Fußball im Fernsehen ist so etwas wie die Werbung zwischen Zeit im Bild und Spielfilm, etwas, wo man den Ton leiser dreht, findet seine Frau. Peter Klein unternimmt einen letzten Versuch, notorischen Sportverächtern seine Leidenschaft für das Ski-Rennen in Kitzbühel und den Grand Prix der Formel 1 zu erklären.

„Wie lange dauert das noch“, fragt meine Frau nach einem kurzen, verächtlichen Blick auf den Bildschirm, als sie mich zu Hause vor dem Fernseher findet. Meine Frau weigert sich, ebenso hartnäckig wie entschlossen, das Wort „Fußball“ auch nur in den Mund zu nehmen.

Sie spricht davon wie von einer Krankheit, einer Verwirrung des menschlichen Geistes, und sie weigert sich auch beharrlich, zur Kenntnis zu nehmen, dass „das“ im Regelfall 90 Minuten dauert, Nachspielzeiten, Vorberichte, Interviews, Analysen und Expertengespräche nicht mit eingerechnet.

Üblicherweise setzt sich meine Frau dann grummelnd ins Nebenzimmer, klappt wortkarg den Laptop auf oder geht ihren sonstigen Beschäftigungen nach. Manchmal aber kommt sie mit einem Glas Wein und einem

leichten Abendessen ins Fernsehzimmer, setzt sich auf den alten, grauen IKEA-Stuhl, der erstaunlicherweise alle Umzüge überlebt hat, und leistet mir Gesellschaft. Meint sie. Meine Frau toleriert des Hausfriedens wegen zwar, dass ich Fußball schaue, doch sie geht davon aus, dass selbst ich Fußball für eine Nebensache halte. Fußball im Fernsehen sei etwas wie die Werbung zwischen Zeit im Bild und Spielfilm, etwas, wo man den Ton leiser dreht und sich erzählt, wie's denn war in der Firma, den ganzen lieben langen Tag. Meine Begeisterung für Sport versteht sie als Schrunge, bestenfalls, als eine Art von Deformation, mit der man als Partnerin halt leben muss. Nur dass ich meine Sportbegeisterung nicht von Anfang an offen klargelegt habe, wirft sie mir gelegentlich vor. Erst nach und nach habe ich mich aus der Deckung getraut, früher seien Champions-League-Abende nicht



ren, noch die immer wiederkehrenden Highlights wie Welt- und Europameisterschaften, Olympische Spiele, die Vierschanzentournee, die Tour de France und das Wichtigste vom Tennis – so man noch, außerhalb des Bezahlfernsehens, einen Sender findet, der Wimbledon und die French Open überträgt.

Meine Vorstellung vom Paradies ist simpel. Ein guter, HD-tauglicher Fernseher, ein vor allem mit Getränken gut gefüllter Kühlschrank, und einmal, einmal wenigstens, eine Tour de France vom Anfang bis zum Ende sehen. Sechs Stunden täglich. Nach drei Wochen ist sie ohnehin vorbei.

Immerhin muss man sich heute nicht mehr schämen. Die Lage hat sich entschärft.

Intellektuelle bekennen ihre Sportleidenschaft, die alte Garde chauvinistisch eingefärbter Sportreporter ist abgetreten. Mittlerweile herrscht auch Konsens darüber, dass Fußballweltmeisterschaften in Südafrika – trotz der bösen und korrupten FIFA – was Gutes sind und dass man, nolens volens, das Bedürfnis nach Brot und Spielen als eine Art anthropologischer Grundkonstante anerkennen muss. Mit dem Sport, so der Minimalkonsens, ist es in gewisser Weise wie mit der Religion. Unsinn, selbstverständlich, aber manche, viele sogar, scheinen diese Art von Unsinn eben zu brauchen. Sport ist Opium für das Volk. Dient der Abfuhr von Trieben, steigert das Zusammen- und Zugehörigkeitsgefühl und ist immer noch besser als Krieg. Auch wenn es im Sport immer wieder Tote und Verletzte gibt.

Dennoch, das Trauma sitzt tief. Als Student in Innsbruck ging ich regelmäßig ins Café Cen-

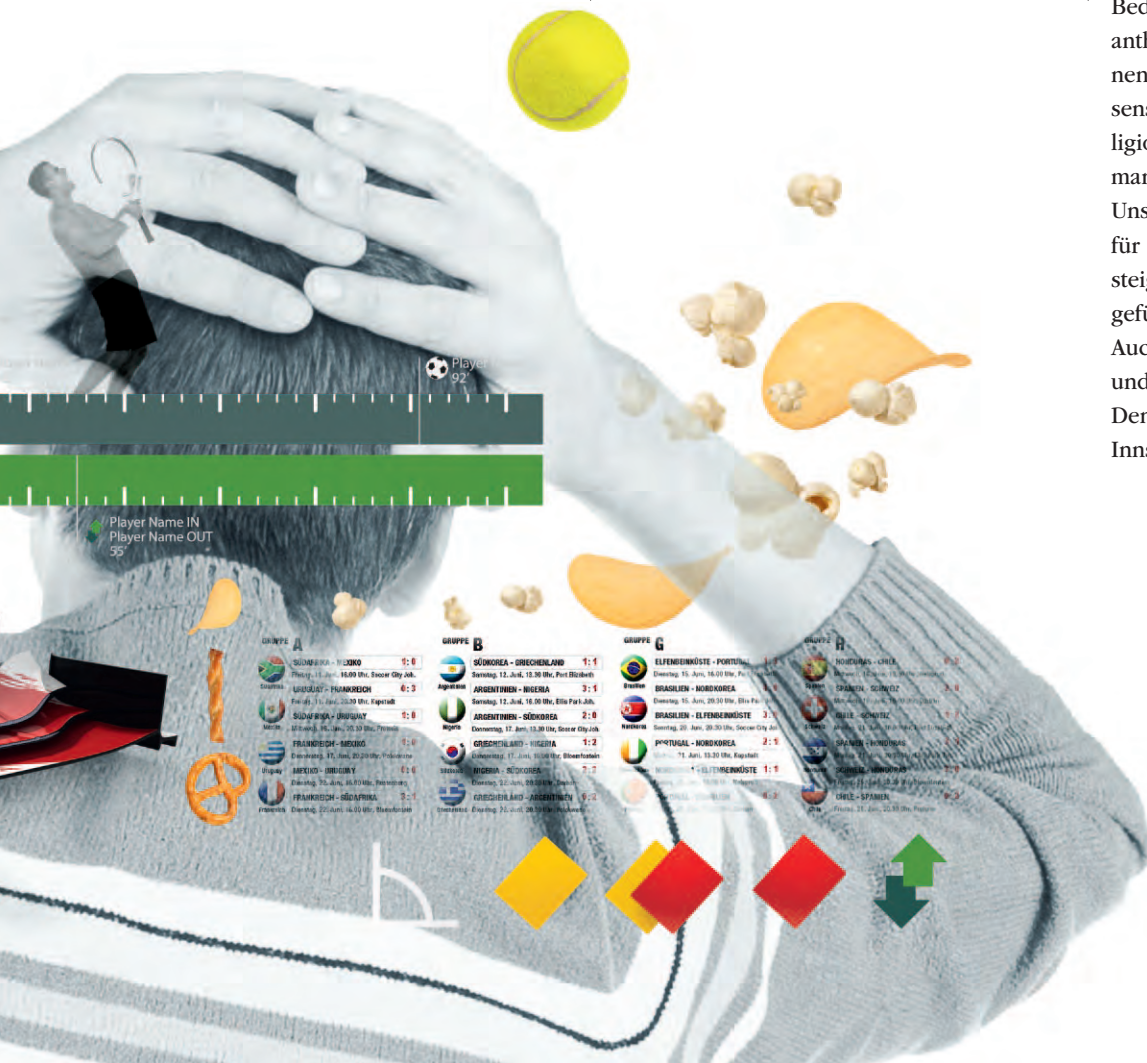
automatisch Heimabende für den Herrn gewesen, früher konnte man noch ausgehen an diesen Dienstagen oder Mittwochen oder wann „das“ auch immer ist, jetzt aber ist halt ein weiterer möglicher, gemeinsamer Abend futsch.

Schwieriger noch als die Abende sind die Wochenenden. Regelmäßig ertappe ich mich dabei, wie ich, schon Tage vor dem Ereignis, den Dienstplan meiner Frau studiere. Hat sie Dienst am Sonntagnachmittag? Ja, sie hat! Großartig. Das Sofa gehört mir, ab 14 Uhr werden wir dann sehen, was Lewis Hamilton mit seiner Pole-Position anstellt oder ob ihn nicht doch noch der coole Vettel aus Deutschland austrickt und von hinten überrollt. Auf dem Programm steht der Grand Prix von Abu Dhabi, wo die Scheichs mit ihren Petro-Millionen eine disneylandartige Grand-Prix-

Strecke in die Wüste gestellt haben. Ein unteilbares Vergnügen.

Da kann man niemanden brauchen, der Hochgeschwindigkeitsautofahren im Kreis in Zeiten von Energiekrise und abschmelzenden Polkappen für blöd, unzeitgemäß und lächerlich findet. Und das noch dazu in fragwürdigen Ländern, wo sich autoritäre Despoten für Milliarden ein bisschen Reputation und internationale Aufmerksamkeit kaufen wollen. Wobei einem überdies noch unterstellt wird, man wolle eh nur spektakuläre Unfälle sehen. Egal, wo.

Am schönsten sind freilich die Sonntagvormittage. Herrenslalom, erster Durchgang, Kitzbühel, Ganslernhang. Der erste Kaffee auf den Knien, Benni Raich ist gehandicapt, weil leicht verkühlt, und Reini Herbst hat ein Problem mit der Schuhkante. Dazu kommen, um die Grundbedürfnisse zu komplementie-





OKTO ECKT AN.

Auf **A1-TV** **UPC** **DVB-T**

oder als Livestream auf **www.okto.tv**



DV5.AT

Jetzt App gratis
downloaden!



OKTO

tral, um die Zeitungen zu lesen. Es waren anstrengende Stunden. Von entspannter Zeitungslektüre konnte nicht die Rede sein. Ich setzte mich mit dem Rücken zur Wand und behielt die Eingangstür im Auge. Sobald jemand aus meinem vorwiegend linken Freundes- oder Bekanntenkreis das Café betrat und auf mich zusteuerte, schlug ich, so unauffällig wie möglich, die Außenpolitikseiten auf, blätterte mich durch die Innenpolitik oder studierte konzentriert das Feuilleton. Es war mir unangenehm, beim Lesen des Sportteils erwischt zu werden. Ich wollte mich nicht weiter rechtfertigen müssen, und ich hatte es satt, erklären zu müssen, was mich an dieser kommerziell gesteuerten Nebenfront des kapitalistischen Wettbewerbsprinzips zur Förderung nationalistischer Basisinstinkte interessierte.

Heute fühle ich mich zumindest geduldet. Geduldet, aber nicht verstanden. Noch nie ist es mir – weder gegenüber meiner Frau noch gegenüber meinen Freunden – gelungen, klarzumachen, dass der wahre Sportsfreund nicht Fußball schaut, um einer Mannschaft die Daumen zu drücken, sondern man schaut Fußball, um Dramatik, Schönheit und individuelle wie kollektive Intelligenz zu erleben. Ich bin es müde, erklären zu müssen, warum Barcelona gegen Bayern München mehr hergibt als ein Abend im Literaturhaus und weshalb Schiffliegen am Kulm oder das Finale im Hundertmeterlauf der Damen nach ästhetischen Kriterien einem, sagen wir einmal, Besuch im Volkstheater um aber auch schon gar nichts nachsteht.

Selbst mein bestes Argument verpufft. Gerade Menschen wie ich, höre ich mich schon etwas ermattet sagen, die in Bereichen mit diffuser Leistungsbewertung arbeiten, haben ein Bedürfnis nach Klarheit. Welcher Roman ist besser als der andere? Wie ist der eigene Artikel, der eigene Beitrag zu bewerten? Im Kunst-, Kultur- und Medienbereich differieren, mangels einheitlicher und objektiver Kriterien, die Urteile. Im Sport indes entscheiden Meter und Sekunden. Wer einen Zentimeter höher springt, hat gewonnen, wer ein Hundertstel schneller läuft oder fährt, ist besser als die Konkurrenz. Mag sein, sagt

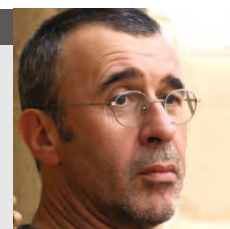
meine Frau. Und gibt mir zu verstehen, dass es wohl nicht sein könne, dass allein körperliche Leistungen zählten. Rückschrittlich sei das, atavistisch, selbst Kriege würden heute nicht mehr durch Muskelkraft entschieden. Außerdem hinge ich einem Primitiv-Darwinismus an. Darwin habe klar und deutlich vom „Survival of the Fittest“ gesprochen. Nicht die Stärksten überleben, sondern die Anpassungsfähigsten, die Klügsten und die Beweglichsten. Eben, sage ich, und verweise auf Lionel Messi. Das Gesicht meiner Frau wird ausdruckslos. Sie kennt Lionel Messi natürlich nicht. In meinen Kreisen sind Ruhm, Reichtum und Ansehen, allein aus dem Kapital des eigenen Körpers geschlagen, suspekt. Wertvolle Leistungen sind geistiger Natur. Mit ihren Körpern arbeiten bloß Nutten, Sportler und Bodyguards. Mein Argument, dass Sportler heute nicht unbedingt zu den Dümmlen zählen, dass sie weltgewandt sind, gut aussehen und über eine gewisse Intelligenz verfügen müssen, um erfolgreich sein zu können, wird ignoriert, läuft ins Leere. Den Gegenwurf, dass die Verachtung für Sport ihrerseits das Ergebnis von Nichtwissen, von Arroganz und Hochnäsigkeit sei, dass jene naserümpfenden Intellektuellen über etwas urteilen, das sie nicht verstehen, erspare ich mir mittlerweile. Denn selbstverständlich sind, von Seiten des Publikums, Vorleistungen zu erbringen. Sportgenuss will erarbeitet sein. Sport funktioniert im Auge der Betrachter nur, wenn man die Regeln, die Zusammenhänge kennt.

Die Dramatik eines 5-Satz-Tennismatches bleibt jenen, die sich die Regeln des Tennisspiels nicht angeeignet haben, verborgen. Sinn ist nur innerhalb festgelegter Übereinkünfte zu finden. Äußerlich betrachtet, ist Schach ein überaus fades Spiel. Innerhalb des Regelsystems kann es wie das Leben sein: Beglückend und enttäuschend, raffiniert und verführerisch, spektakulär und ermüdend. Für Europäer etwa bleibt unerklärlich, weshalb Indien und Pakistan, Australien, Neuseeland oder Südafrika tagelang im Banne eines Cricket-Turniers stehen. Nichts geschieht – und plötzlich purzeln Zahlen und Ergebnisse auf den Anzeigetafeln. Wer nicht drinnen ist, bleibt draußen. Sportereignisse

sind immer Teil einer längeren, größeren Geschichte. Das einzelne Rennen, das einzelne Spiel, bildet allenfalls einen Ausschnitt ab. Daher gibt es in der Sportberichterstattung jede Menge Vor- und Nachberichte, Homestories werden publiziert, Rivalitäten aufgebaut, Emotionen geschürt. Sport erzählt Geschichten von Sieg und Niederlage, von Aufstieg und Fall. Es darf geweint und es darf gejubelt werden. Wie in der Oper, im Film oder in der Literatur. Der Sportgenuss wächst, wie auch der Kunstgenuss, mit Wissen und Verständnis. Ohne zumindest rudimentäre Kenntnis der Kunstgeschichte wird es schwer sein, sich für Malewitsch oder Stockhausen zu begeistern, Menschen, die außer Gratiszeitungen gar nichts lesen, werden schwer für Friederike Mayröcker zu begeistern sein. Ohne Vorinformationen – man könnte auch Bildung sagen – ist es weder möglich, die Konflikte im Sudan zu verstehen noch die europäische Schuldenkrise. Nicht anders ist es beim Sport. Bloß dass Sportereignissen, potenziell zumindest, eine Dramatik inneohnt, die – außer wenn Österreich gegen Deutschland Fußball spielt – unvorhersehbar ist. Fußball, Tennis, die Formel 1 oder der Herrenslalom am Ganslernhang können quälend langweilig und enttäuschend sein. Oder eben von ungeahnter Dramatik. Man weiß es vorher nicht. Der verstorbene Germanist und bekennende Fußballfan Wendelin Schmidt-Dengler sagte einmal, wenn er sich im Burgtheater den Hamlet anschau, dann wisse er ja, wie das Stück ausgeht. Bei Rapid gegen Austria hingegen wisse man das nie.

PETER KLEIN

ist Leiter der „Redaktion Literatur, Hörspiel und Feature“ von Ö1.



Anti-Censorship Manifesto

By Christophe Deloire

Truth is as hard as a diamond, Gandhi said. Dictators fear truth and reality because they shine like a powerful light in the dark. Any deviation from their propaganda threatens their political constructs. Any description of the facts can undermine the oppressive edifice they have built and expose their house of lies, in which the ballrooms rest on the cellars in which they try to confine the people.

Between 60 and 100 journalists and as many netizens are killed worldwide each year and, at the time of writing 155 journalists and 130 netizens are in prison. This is because truth, as Gandhi added, is also as fragile as peach blossom. With the help of jails, laws, scissors and technological tools, truth and reality are easily crushed like petals under a military heel.

Only determined opposition to censorship will permit political, economic and social progress in countries throughout the world. Journalists and bloggers were persecuted in China in 2008 for trying to point out that a popular baby food was tainted. As a result, hundreds of thousands of babies suffered for the sake of the country's image in the short term.

In February 2012, spurious grounds were used in Russia to suppress some reports about AIDS. In September, a US oil company sued journalists and bloggers in Ecuador to deter them from covering a case of pollution. In Cuba, a reporter for the party newspaper Granma was given a 14-year jail sentence at a secret hearing last summer for doing his job better than his colleagues.

Reporters Without Borders has been fighting for more than 25 years so that people are not prevented from saying "two plus two equals four," as George Orwell put it in 1984. Fortunately, freedom has heroes who resist at all cost. Chinese dissidents, bloggers in Iran and Cuba, journalists in Africa and Central Asia

make up a planetary army whose only arms are their computers, their cameras and sometimes just their pens.

But their courage is not always enough to pierce the great walls of censorship. This is why Reporters Without Borders has decided to provide them with a website, WeFightCensorship, for posting content that has been censored or banned or has given rise to reprisals against the content creator.

A deterrent based on what is called the "Streisand effect," WeFightCensorship aims to make censorship obsolete, to show that jailing a content creator, seizing copies of a newspaper or blocking access to a video website will not prevent the content from going round the world and, on the contrary, will just encourage its dissemination. The message is clear for every kind of despot. The more you tried to suppress the truth, the more WeFightCensorship and its mirror sites will ensure that it circulates.

Only real freedom of information allows us to verify that the other freedoms are being respected. Only freedom of information allows diverging interests to be expressed –

democracy – and prevents certain segments of society or entire human groups from being forgotten. Amartya Sen, a winner of the Nobel Prize in Economics, said that famines only happen when the people concerned are unable to express their needs.

To report news and information is to fight for a vision of humanity, for the principle that human beings have the right not to be crushed by propaganda. The homo sapiens in Plato's cave evolve into human beings when they are no longer satisfied with the shadows. Nearly a half of humankind still lacks access to freely reported news and information at the start of the 21st century. Deprived of the basic lucidity needed to run their lives, dependent like children who are told fairytales, billions of people are stripped of their existence.

Under a regime of propaganda, lies and concealment, whether brutal or soft, you can at best walk but you are not free to choose the road you take. You think you have emerged from the cave but you have entered a tunnel. WeFightCensorship is now showing the way out.



CHRISTOPHE DELOIRE

ist Generalsekretär von „Reporter ohne Grenzen International“. Deloire war zuvor Rektor der Journalistenschule „Centre de Formation des Journalistes“ in Paris. Deloire arbeitete in den 1990er Jahren im Berliner Büro des Fernsehsenders TF1. 1998 wechselte er zum Nachrichtenmagazin „Le Point“. Deloire ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt erschien von ihm „Circus politicus“.



Online Survival Kit

SENDING ENCRYPTED EMAILS USING THUNDERBIRD AND PGP

More than 200 billion e-mails are sent worldwide every day. Although it is a very practical tool for exchanging information, it is also vulnerable and users can encounter problems such as interception, identity theft and monitoring. Yet there are easy ways to ensure your Internet activities remain confidential.

+

MORE

LET'S SHELTER THE NEWS

If you have an article, photo or video that has been censored or caused the content creator to be jailed, send it to us using our secure online form.

SEND CONTENT

SUPPORT US

DONATE



MOROCCO POLITICS AND SECURITY OMAR BROUKSY

MOROCCO BANS SAYING "CLOSE FRIEND OF THE KING"

The Moroccan government withdrew its accreditation from Omar Brouksy, one of Agence France-Presse's journalists in Rabat, on 4 October 2012. Issued by the communication ministry, this accreditation is what allows professional journalists to work in Morocco.

+

MORE



VIETNAM POLITICS AND SECURITY PHALUT LÊ SƠN

HUMAN RIGHTS DEFENDER, ENEMY OF THE STATE

In Vietnam, all it takes to be defined as an enemy of the government is to raise human rights issues or speak out about politics. Espousing an alternative to the Communist Party's social vision is to stand against the state. Those who defend freedom risk losing it.

+

MORE



CHAD POLITICS AND SECURITY JEAN-CLAUDE NĒKIM

NĒKIM CASE - A THREE-PART STORY OF CENSORSHIP IN CHAD

Jean-Claude NĒkim is the publisher of N'Djamĕna BI-hebdo, Chad's oldest opposition newspaper.

+

MORE



TURKMENISTAN POLITICS AND SECURITY

FIRST BATTLE IN "INFORMATION 2.0" WAR

Turkmenistan is renowned as one of the world's most repressive and closed countries but, in the summer of 2011, ordinary citizens risked imprisonment to inform the world about a deadly explosion at an arms depot near the capital, delivering the country's first battle in the "Information 2.0" war

LANGUAGES

ENGLISH

FRANÇAIS

FREEDOM BAROMETER

130 NETIZENS IN JAIL

47 NETIZENS KILLED

KEEP UP THE FIGHT

SEND CONTENT

DONATE

GET INVOLVED

HELP US TO SPREAD FREEDOM

DUPLICATE THIS WEBSITE

TRANSLATE THIS WEBSITE

GET THE INFORMATION

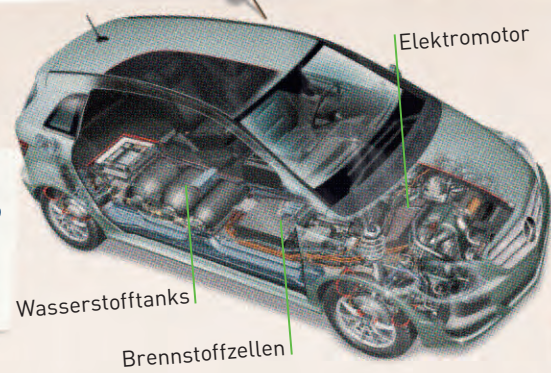
FOLLOW US



www.wefightcensorship.org



Der Stoff, aus dem die Träume sind unsere Zukunft ist!



Aus dem Auspuff kommt nur **WASSERDAMPF** raus! Sonst nix.

Sollten in Zukunft nicht alle Autos umweltfreundlich und ganz ohne CO₂ unterwegs sein? Mit Wasserstoff wäre das möglich. Denn wenn Wasserstoff mit Sauerstoff reagiert, dann entstehen nur Energie und Wasserdampf.

Abbildung 5: Querschnitt eines Wasserstoffautos

Übrigens ist Wasserstoff genauso sicher wie konventionelle Kraftstoffe. Auch deshalb treibt die OMV die Entwicklung von Wasserstoff zur Energieform der Zukunft voran.



Wir mit unserem **WIRTSCHAFTS-ENTFALTER**

Doppelentdecken Sie die Welt der OMV auch auf **omv.at**

Wo nehmen die Kinder nur die Energie her?

Sicher auch von der OMV. Denn was immer sie vorhaben, die OMV sorgt heute schon für die Energie von morgen. Für Österreich und ganz Europa.



Mehr bewegen. Mehr Zukunft.